

Lehenszeit 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Subskriptionen und 72 Pf. Postbefreiungsführer, Auslandsabonnentent 6.— M. pro Monat; für Übersee mit ermäßigtem Druckschwarzdruck 6.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ „Kulturkreis Zeitschrift“, „Zeit und Zeit“ „Kern Frauenstimme“, „Jugend“, „Bild in die Bücherwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbesuche“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Kampfbroschüre 80 Pf., Kleinanzeigen 5.— M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 25 Pf., (zuletzt zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 1/2 Jahr, Streifenangebote das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro, Lindenstraße 3, wochentlich von 8 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassengröße: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. U. u. Dis.-Gef., DepofitenL., Jerusalemstr. 65/66.

Kampf um Curtius.

Folgen der Genfer Ereignisse.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat in einer kritischen Betrachtung der Genfer Ereignisse die Frage aufgeworfen, ob Dr. Curtius noch Außenminister bleiben könne. Dieser Angriff eines Blattes, das keine Partei vertritt, hinter dem aber sehr potente Kapitalistenkreise stehen, scheint an gewissen Stellen große Aufregung hervorgerufen zu haben. Denn gestern kurz vor Rittersnacht verbreitete BTB folgende von einer ungenannt bleibenden Stelle stammende Polemik:

Die „DAZ“ richtet einen Angriff gegen den Reichsaußenminister, dessen Autorität durch die Genfer Vorgänge gelitten habe. Sie begründet diesen Angriff mit der Behauptung, daß der Völkerbundsrat sich vorbehalten habe, auf die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion selbst nach einer günstigen Entscheidung des Haager Gerichtshofes noch nach der politischen Seite hin einzugehen.

Dazu ist festzustellen, daß von einem solchen Beschluß des Völkerbundsrates nicht die Rede sein kann. Der Rat hat, entsprechend dem britischen Antrag, nichts anderes beschlossen, als die Rechtsfrage dem Haag zu überweisen. Ein Vorbehalt, den deutsch-österreichischen Plan später gegebenenfalls auch noch unter politischen Gesichtspunkten zur Erörterung zu bringen, ist lediglich von einzelnen Gegnern des Planes gemacht worden, ohne daß der Rat dem zugestimmt hätte. Von deutscher Seite ist diesem Verzicht der Gegner auf das bestimmteste entgegengetreten worden.

Kein Staat kann sich in einer internationalen Erörterung dagegen schüzen, daß von anderen Staaten unbedingte Anträge gegen seine Pläne gestellt werden. Hierbei kommt es allein darauf an, solche Bestrebungen nicht zu machen. Das hat der Reichsaußenminister durch seine wiederholten, mit größter Schärfe abgegebenen Erklärungen erreicht.

Nicht durch die Genfer Vorgänge wird die Autorität des Reichsaußenministers beeinträchtigt, sondern durch solche Äußerungen, wie

sie die „DAZ“ in einem Augenblick für gut befunden hat, wo der deutsche Vertreter mitten im Kampf für deutsche Interessen steht.

Die Aufregung der ungenannt bleibenden Stellen ist verständlich. Bekanntlich wollte die „nationale Opposition“ schon die Genfer Tagung vom Januar zu einem entscheidenden Vorstoß gegen Curtius und die gesamte Reichsregierung benutzen. Zu ihrem Schmerz endete aber jene Tagung, in der die Frage der Minderheiten in Polen zur Beratung stand, mit einem Erfolg der deutschen Regierung. Infolgedessen kam es nicht zum Sturz von Curtius oder gar der Gesamtregierung, sondern die „nationale Opposition“ lief aus dem Reichstag davon.

Curtius wird, mag die ungenannt bleibende Stelle durch BTB verlautbaren, was sie will, im Mai anders aus Genf zurückkehren, als er im Januar von dort gekommen ist. Also wird der Angriff auf ihn wieder ausbleiben.

Auch wir sind der Meinung, daß die deutsche Außenpolitik auf bedenkliche Seitenwege geraten ist und in den letzten Wochen nicht gerade glücklich operiert hat. Der Grund dafür liegt aber nach unserer Überzeugung in der Verstärkung des nationalistischen Einflusses, die einen etwas unregelmäßigen Aktivitätsdrang im Auswärtigen Amt hervorgerufen hat. Sollte nun Curtius durch einen Mann ersetzt werden, der den Nationalisten genehm ist, so hieße das, den letzten Rest von Vernunft aus der deutschen Außenpolitik austilgen und einen Weg betreten, der vom Malheur zur Katastrophe führt.

Herr Curtius hat für seine Politik in den letzten Wochen nicht unseren Beifall. Ein künftiger Minister für außenpolitische Abenteuer darf der schärfsten Gegnerschaft der Sozialdemokratischen Partei von Anfang an sicher sein.

Jungwähler und Partei.

Lore auf zur praktischen Mitarbeit!

Von Friedrich Hertneck.

Es hieße den Kopf in den Sand stecken, wollte man nicht sehen, daß ein großer Teil der Stimmen, die die Nationalsozialisten und Kommunisten bei den letzten Wahlen erhalten haben, von den 20- bis 30jährigen Volksgenossen abgegeben worden ist und daß breite Kreise der Jungwähler unentwegt im Kielwasser des Rechts- und Linksradikalismus schwimmen. Aber indem man sachlich-nüchtern diese Feststellung trifft, macht man die wichtige und dringliche Aufgabe deutlich, die die Sozialdemokratie in der nächsten Zeit zu leisten hat, die Aufgabe nämlich: sich intensiver als bisher der politischen Aufklärung gerade dieser Jungwählerschichten zu widmen.

Vor dem Kriege bedurfte die Sozialdemokratie keiner besonderen Agitation, um die jungen Menschen aus dem werktätigen Volke für sich zu gewinnen. Wie selbstverständlich wuchsen sie ihr zu. Heute jedoch ist es nicht mehr selbstverständlich, daß die gesamte Jungwählerschaft der arbeitenden Klasse ohne weiteres den Weg zur Sozialdemokratie findet. Die geistige Verwirrung, die — durch die umwälzenden politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegszeit, durch die soziale Not der Wirtschaftskrisis und Arbeitslosigkeit, durch die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung ausgelöst — auch Millionen von „Erwachsenen“ in falsche Bahnen gelenkt hat, hat besonders stark die Generation der 20- bis 30jährigen ergriffen. Daher ist es heute notwendig, für sie richtungweisende Leuchttürme aufzurichten. Ihr gegenüber muß die Sozialdemokratie heute in ihrer Vorbearbeitet zusätzliche Anstrengungen machen, ähnlich, wie sie es bisher schon den Frauen, dem Landvolk, den Beamten usw. gegenüber getan hat.

Man wird nicht fehlgehen, wenn man diese Einsicht als einen der Hauptgründe anspricht, die den Parteivorstand veranlassen haben, auf die Tagesordnung des Leipziger Parteitages das Thema „Partei und Jugend“ zu setzen. Der äußere Anstoß allerdings ging von der Notwendigkeit aus, über das Schicksal der „Jungsozialistischen Vereinigung“ zu entscheiden. Wie erinnerlich, wurde Ende 1930 unliebsamer Vorkommnisse wegen die Berliner Jungsozialisten-Gruppe aufgelöst und die Reichsleitung der „Jungsozialistischen Vereinigung“ zur Vorlage eines Reorganisationsplanes aufgefordert. Aber die Jungsozialisten haben sich nicht dazu verstanden, einen Vorschlag zu machen, durch den sie sich organisch in den Parteikörper eingegliedert hätten. Trübsinnig-pochen sie auf ihre bisherige Selbstständigkeit und „Freiheit“. Damit haben sie sich selbst ihr Urteil gesprochen.

Die Jungsozialisten, einst zur Aufgabe berufen, in die Raders der Jungwähler vorzustößen, im Dienste der Partei unter der jungen Generation zu agitieren und zu werben, die organisierten Junggenossen politisch zu schulen und sozialistisch zu bilden, haben versagt. Sie sind zu einer Sekte erstarrt (im Gebiete des Bezirksverbandes Brandenburg sind zwei Ortsgruppen mit 14 Mitgliedern vorhanden!) und stehen, unjugendlich von Theorien vollgepfropft und von Kritiksucht gegen die Partei besessen, ganz im Banne jener Ideologie, die auch die neun Reichstagsabgeordneten zu ihrem Disziplinbruch geführt hat. So allerdings kann der Vorkrupp der Sozialdemokratie, der das Banner des demokratischen Sozialismus in die Reihen der Jungwähler tragen soll, nicht auslehen.

Als der Parteitag in Kassel 1920 die „Jungsozialistische Vereinigung“ bildete, ging man von der richtigen Erkenntnis aus, daß man die Jugend am leichtesten gewinnen könnte, wenn man die Jugend zu ihr reden ließe. Und diese Erkenntnis gilt nach wie vor. Auch heute muß die Sozialdemokratie dadurch ihre Werbe- und Anziehungskraft auf die junge Generation steigern, indem sie sich die Aktivität und den Eifer der Parteijugend nutzbar macht. Und die Zahl der Junggenossen, die die Sozialdemokratie für diese Agitation einzusetzen vermag, ist, wie die Altersstatistik des neuen Parteijahrbuches zeigt, nicht gering. Man darf mit 69 000 im Alter von 20 bis 25 und mit 107 000 im Alter von 25 bis 30 Jahren rechnen. Diese Zehntausende von jungen Menschen müssen zur Jugend reden, im Dienste der Partei, als Glieder der Partei. Sie sind es, die die Leuchttürme des demokratischen Sozialismus auffrischen und brennen lassen müssen. Und tun sie es, dann braucht uns um die politische Aufklärung der deutschen Jungwählerschaft nicht bange zu sein!

Wie der Einsatz der Junggenossen organisatorisch zu handhaben ist, zeigen die Anträge, die der Bezirksverband

Minderheitsbeschwerden vertagt.

V. Sch. Genf, 20. Mai. (Eigenbericht.)

Die Tagungen des Völkerbundsrates und der Europakommission gehen ihrem Ende entgegen. Mit der Ueberweisung der Zollunion an den Haager Gerichtshof ist der wichtigste Punkt erledigt. Nach der Wahl Henderfons als Vorsitzender der Abrüstungskonferenz ist auch die Wahl Genf als Ort der Konferenz endgültig beschlossen worden. Der spanische Außenminister entledigte sich seines Auftrages, für Barcelona zu plädieren, ohne sich jedoch auf diesen aussichtslosen Vorschlag zu verlassen.

Was bleibt nun noch übrig? Die Minderheitsbeschwerden gegen Polen werden auf den September vertagt. Die große Auseinandersetzung über die Ukraine mußte aus einem Grunde verschoben werden, der gerade für die Ukraine keineswegs unerwünscht ist. Aus der Sitzung des Dreierkomitees, die in London unter Henderfons Vorsitz vor einigen Wochen stattgefunden hat, ist nämlich nicht nur die Frage der Strafexpeditionen in Ostgalizien behandelt, sondern darüber hinaus die Frage der völkerrechtlichen Verpflichtungen angeschnitten worden, die seinerzeit bei der Ueberlassung Ostgaliziens gegenüber den alliierten Hauptmächten eingegangen waren. Diese grundsätzliche Seite des Problems ist natürlich für die Ukrainer wichtiger als die Strafmaßnahmen gegen die Urheber dieser Drangsalierungen, die ohnehin in letzter Zeit aufgehört haben sollen. Die polnische Regierung hat zur Stellungnahme gegenüber diesem grundsätzlichen Teil des Ukrainer Problems eine weitere Frist erbeten und erhalten. Ebenso dürfte die Ostoberschlesienfrage auf die nächste Ratssession vertagt werden. Die polnische Regierung hat nämlich den Bericht über die von ihr veranlaßten Strafmaßnahmen gegen schuldige Beamte und Verbände

so spät eingereicht,

daß es für die deutsche Delegation materiell unmöglich ist, auf die einzelnen Angaben zu antworten. An sich liegt in diesem Verhalten der Polen eine Unhöflichkeit gegenüber dem Rat und namentlich gegen Deutschland. In dessen Fall der Präsident der gemischten Kommission in Ostoberschlesien, der Schweizer Calonder, eine Vertagung der Aussprache über diesen Bericht bis zum September lebhaft befürwortet. Er glaubt, daß die seit dem Januar und gerade infolge des damaligen Ratsbeschlusses eingetretene Beruhigung in Ostoberschlesien in den nächsten drei Monaten weitere Fortschritte machen wird, zumal wenn man jetzt in Genf auf eine neue Debatte verzichtet und die daraus entstehende Polemik in der deutschen und polnischen Presse unterbleiben wird. Sogar der Wojwode Gracynski soll die direkte Führungsnahme mit

den Führern des Deutschtums ausgenommen haben. Calonder hat bisher immer das volle Vertrauen sowohl der deutschen Minderheiten wie auch der Reichsregierung genossen. Man muß daher auch in diesem Falle seinem Urteil Vertrauen schenken und die Vertagung gutheißen. Denn schließlich kommt es uns nicht darauf an, eine neue diplomatische Schlacht gegen Polen zu gewinnen, sondern der deutschen Minderheit zu helfen. Es bleibt also als wichtigster Punkt nur noch die Erledigung des neuen Konfliktes zwischen Danzig und Polen. Der Bericht des italienischen Oberkommissars Gramines gibt in der Sache

den Polen grundsätzlich unrecht,

indem er vor allem die politische Forderung einer Zulassung von polnischen Polizeiträften aus dem Gebiet der freien Stadt Danzig ablehnt und über den demonstrativen Rücktritt des polnischen Kommissars Straßburger glatt zur Tagesordnung übergeht. Freilich ist man im deutschnationalen Lager über die Feststellung des Italieners überaus empört, daß die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Danzig und Polen eine Folge des seit den letzten Volkstagswahlen eingetretenen Rechtskurzes ist. Diese Feststellung gereicht dem neuen Oberbürgermeister von Berlin Dr. Sahm nur zur Ehre und ist für seinen deutschnationalen Nachfolger an der Spitze des Danziger Senats Dr. Ziehm überaus peinlich. Sie läßt überall gegen die Behauptung protestieren, aber außer bei der deutschnationalen Presse wird er mit diesen Ablehnungsversuchen kein Glück haben, besonders nicht im Genfer Völkerbundssekretariat, wo man statistisch festgestellt hat, daß die Zahl der Beschwerden Danzig gegen Polen und Polen gegen Danzig, die unter der Linksregierung immer seltener geworden waren, ungeheuer zugenommen haben, seitdem die Deutschnationalen mit Unterstützung der Nationalsozialisten in Danzig am Ruder sind. Diese Erscheinung ist für ganz Deutschland überaus lehrreich. Sie kann als Warnungssignal dienen für das deutsche Bürgertum, soweit es noch immer nicht auf Grund der Erfahrungen der letzten Monate und der immer deutlicher in Erscheinung tretenden Isolierung Deutschlands in Genf erkannt haben sollte, was uns die Septemberwahlen 1930 außenpolitisch geschadet haben. Bei der Regelung des Danziger Konfliktes geht jetzt der Streit hinter den Kulissen darum, daß dem Oberkommissar ein Polizeikommissar aus einem neutralen Lande zu seiner Unterstützung beigegeben werden soll. In dem Bericht, den Henderfons über diesen Konflikt erstatten soll, war diesem Antrag bereits stattgegeben worden, aber sowohl die deutsche Delegation wie die Danziger Vertreter versuchen, die Ernennung des neutralen Polizeioffiziers zu vermeiden.

Brandenburg, die Hamburg und Eisleben an den Parteitag gestellt haben. In den Einzelheiten verschieden, laufen diese Entwürfe alle auf folgende grundsätzliche Vorschläge hinaus: Bildung von Arbeitsgruppen, die in das Parteigefüge eingegliedert sind und unter der Leitung der örtlichen Parteinstanz stehen; die Arbeitsrichtlinien erhalten diese Arbeitsgruppen im ganzen Reich einheitlich vom Parteivorstand.

Und die praktische Arbeit dieser Junggenossengruppen muß darauf abgestellt werden, daß die politische Schulung und sozialistische Bildung unmittelbar im praktischen Dienst der praktischen Agitation stehen. Wäre es nicht denkbar, die Junggenossen jetzt schon einzusetzen in dem wichtigsten Kampf, den die Sozialdemokratie in der nächsten Zukunft wird ausfechten müssen, in dem Kampf um Preußen? Laßt die Arbeitsgruppen das Material sammeln, das die Bedeutung der preussischen Position und die Leistungen unserer Ministergenossen belegt, laßt sie die Argumente der Gegner und die treffendsten Antworten auf sie kennen lernen, damit sie jeder Diskussion gewachsen sind, laßt sie die Referenten in Stadt und Land durch Debattieren, durch Rezitationen, durch persönliche Werbung unterstützen, laßt sie, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind, durch eigene Veranstaltungen an die junge Generation agitierend herantreten! Der Möglichkeiten gibt es viele. Aber wenn sie alle unter dem Leitfaden stehen: durch eigene politische Schulung zur praktischen Agitation im Dienste der Partei, könnten dann nicht die Arbeitsgruppen jüngerer Parteigenossen zu einer wertvollen und wichtigen Hilfe werden?

Möge der Parteitag erkennen, was der Einsatz der Junggenossen bedeutet! Möge der Parteivorstand dem Aktivismus der Jugend die richtige Bahn weisen! Die Junggenossen brennen darauf, an den großen Aufgaben der Partei praktisch mitzuarbeiten.

Ordnung durch Sozialpolitik.

Severing über die Hilfe für die Wohlfahrtsverbände.

Im preussischen Ministerium des Innern fand eine Konferenz der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten Preußens statt, an der auch Vertreter der anderen preussischen Ministerien teilnahmen.

Minister des Innern Severing führte u. a. aus, daß seit der letzten Konferenz im Februar d. J. die innerpolitische Situation eine Klärung erfahren habe. Die Einwirkung seit dem Februar habe der damals in den Beratungen zum Ausdruck gekommenen Überzeugung, daß die Gefahr eines gewaltigen Umsturzes nicht bestände, recht gegeben. Die Maßnahmen der Behörden gegenüber radikalen Ausschüßen im politischen Kampf hätten sich durchaus bewährt. Deshalb sei die bisherige Praxis beizubehalten. Die Notverordnung des Reichspräsidenten habe wesentliche Dienste geleistet in dem Bemühen, aus dem politischen Streit die Verwilderung und die Gewalt zu entfernen. Das sei unzweifelhaft ein Fortschritt; denn das ungehemmte Loben radikaler Parteien und Gegner der heutigen Staatsform habe innen- und außenpolitisch bedeutenden Schaden angerichtet. Der Kampf gegen die Verwilderung der politischen Sitten bedeute aber selbstverständlich kein Ausschalten des politischen Kampfes in anständigen Formen. Deshalb dürften die Behörden und die Polizei die bestehenden Bestimmungen nicht kleinlich handhaben, weder gegen die Regierungsparteien noch gegen die Opposition.

Der Minister wies dann weiter auf die bevorstehenden Maßnahmen der Reichsregierung hin, die sich u. a. auch mit der Frage der Wohlfahrtsverbände befassen würde, die in ihrer heutigen Form allein den Gemeinden zur Last fielen und diese finanziell erdrückten. Er habe Grund zu der Annahme, daß sich die Reichsregierung den immer wieder erhobenen dringlichen Vorstellungen des preussischen Innenministeriums nicht verschließen werde. Voraussetzung für eine Hilfe des Reichs sei noch wie vor die strengste Durchführung der seit Jahr und Tag erlassenen Sparvorschriften für die Gemeinden. Es müsse alles geschehen, um die Ausgaben einzuschränken. Im Vordergrund müsse für die nächste Zeit die Notwendigkeit stehen, die erforderlichen Mittel für die Wohlfahrtsverbände aufzubringen. Nur wenn von den Behörden des Reichs, der Länder und der Kommunen auf dem sozialen Gebiet alles Erdenkliche geschehe, erst dann hätten die staatlichen Organe das moralische Recht, gegen die Ruhestörer mit der Strenge der staatlichen Macht vorzugehen. Wir müssen, so schloß der Minister seine Ausführungen, als Behörden und Polizeiverwaltungen vorangehen, damit alles getan wird, um die Not zu lindern. Die Wohlfahrtsverbände über die schwere Zeit bis zur Besserung der Wirtschaft hinwegzubringen, sei die Aufgabe, zu deren Lösung sich alle Kräfte vereinen müssen.

Der Schrei nach Sanierung.

Ein Schrei der Länderregierungen beim Reich.

Gestern hat in Berlin eine Konferenz der Finanzminister der Länder stattgefunden. Dabei spielte eine große Rolle die Frage, ob die bevorstehende Notverordnung der Reichsregierung sich im wesentlichen auf eine Sanierung der Reichsfinanzen beschränken dürfe. Wie wir hören, haben die Finanzminister der Länder sich darauf geeinigt, gemeinsam bei der Reichsregierung dahin vorzutragen, daß in der Notverordnung auch an Finanzen der Länder und Gemeinden gedacht werde. Die Länder machen geltend, daß ein großer Teil der Krisenlast auf dem Wege über die Gemeinden bei den Ländern liege.

Unter dem Druck der Not.

Der Hessische Landtag fordert Revision des Young-Plans.

Darmstadt, 20. Mai. (Eigenbericht.)

Der Hessische Landtag verabschiedete heute den Etat in erster und zweiter Lesung und faßte dann einstimmig eine Entschließung, in der die Regierung ersucht wird, mit Rücksicht auf die ungeheure Arbeitslosigkeit und die dem Zusammenbruch entgegenstehende Wirtschaft sowie auf die unter dem Existenzminimum liegende Lebenshaltung der breiten Masse des deutschen Volkes und die harte Notwendigkeit, überflüssige Steuern anzukurbeln, beim Reich dahin zu wirken, daß alsbald Verhandlungen zur Revision des Young-Plans eingeleitet werden.

Hitlers militärische Organisation.

Er läßt Offiziere drillen.

München, 20. Mai. (Eigenbericht.)

Unter dem Motto „Treue zum Führer“ hat Hitler zur Förderung und Sicherung einer unumkehrlichen Herrschaft innerhalb der Partei eine sogenannte „Reichsführerschule“ eingerichtet, die am 7. Juni mit dem ersten Lehrgang eröffnet werden soll. Ihr Sitz ist das Drechsel-Palais neben dem Braunen Palazzo, das Hitler vor kurzem um eine halbe Million von der Witwe eines Papierfabrikanten erworben hat. Für den beabsichtigten Schulzweck muß das dreistöckige, in einem Garten gelegene Gebäude umgebaut werden. Bis es soweit ist, wird die Schule provisorisch auf einem anderen Grundstück in München eingerichtet.

Ueber den Sinn und Zweck der Führerschule hat Hitler eigene Denkschriften verfaßt, in der es heißt, daß die Nationalsozialisten sich einen ausgebildeten Stamm von Unter- und Oberführern sichern müssen, der die unerschütterliche Einheit der Partei garantiert. An jedem Lehrgang, der sich vom 1. bis zum 4. Sonntag jeden Monats erstreckt, nehmen zunächst zwei Trupps von je 30 Leuten teil. Als Höchststärke sind für später Trupps von etwa 150 Mann vorgesehen. Als Schüler kommen nur Leute in Betracht, die heute schon höhere Führer sind oder in führender Stellung sich befinden oder bei bestimmten Gelehrtheiten Führereigenschaften gezeigt haben. Die Auswahl treffen die örtlichen Parteiorganisationen, die auch für die Kosten aufzukommen haben. An der Spitze der Lehrkräfte steht Hitler selbst, der sich vorbehalten hat, unter Heranziehung von selbst ausgewählten Mitarbeitern den Kursteilnehmern die weltanschaulich-geistige Schulung beizubringen. Dadurch soll den Schülern, die späterhin zu bevorzugten Führerstellungen ausrücken, die Auszeichnung zuteil werden, „vor allem unseren Führer persönlich näher zu kommen“. Hitler will damit offenbar erreichen, diese Leute zu einem besonderen Treueverhältnis auf seine Person zu verpflichten, um Meutereien à la Stennes möglichst vorzubeugen. Der andere Teil des Lehrkörpers besteht im wesentlichen aus ehemaligen Offizieren, die die praktische (mechanisch-körperliche) Schulung der Kursteilnehmer durchzuführen haben. Diese Schulung besteht in der Pflege der soldatischen Eigenschaften als Grundlage zum Führer, in der Lehre der SA-Aufgaben, im formalen Dienst (Appell, Aufmarsch vor der Front, Kleidung und Befehlskenntnis) und schließlich in der körperlichen Ausbildung nach den Gesichtspunkten des Wehrsportes. Unter den Zeichen dieser Schulung wird besonders genannt: „Überwinden des inneren Schweinehundes“, eine Ausdrucksweise, die unverkennbar aus dem Sprachschatz des sogenannten Stabschefs Röhm stammt.

Der Tagesdienst der Schüler ist folgendermaßen eingeteilt: 1 Stunde körperliche Erleichterung, Übungen (Ergreifen), eine Stunde Körperpflege und Studienordnung, eine Stunde Unterricht über SA-Aufgaben, zwei Stunden weltanschauliche Schulung; nachmittags drei Stunden körperliche Erleichterung und sportliche Übungen, abends SA-Dienst (Saalschuh und Wachdienst im Braunen Haus). Der Vormittagsdienst findet im Gebäude bzw. auf dem Übungsplatz der Führerschule statt, der Nachmittagsdienst im Gelände innerhalb der Stadt auf einem für diesen besonderen Zweck gedachten Platz oder mitten im Gelände. Zwei Abende des Lehrganges sind der Veranstaltung eines Sturmabends in Verbindung mit der Münchener SA vorbehalten.

Als Endzweck der Reichsführerschule wird bezeichnet: „Sie stellt die engste Verbindung zwischen unserem Führer und der kämpfenden

Front dar und will das Rückgrat der Bewegung, das Führerkorps, in unerschütterlicher Treue zum Führer erziehen.“ Als Führer der Schule zeichnet gegenwärtig ein bis heute in der Öffentlichkeit nicht hervorgetretener Mann namens Rühme.

Außerdem hat Hitler seine zentralistische Organisation durch die Schaffung eines Personalamts ausgebaut und zu dessen Chef den Reichstagsabgeordneten und Hauptmann a. D. Boeper ernannt. Seine erste Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut: „Alle SA-Führer bis zum Sturmführer einschließlich, desgleichen Gauleiter und stellvertretende Gauleiter werden hinfür nur noch durch den Führer der Bewegung auf Vorschlag des Personalamts ernannt und können daher auch nur durch diesen wieder abgesetzt werden. Sowie solche Ernennungen noch nicht bislang in obiger Weise erfolgt sind, haben sich die Inhaber solcher Stellen nur als vorläufig beauftragt zu betrachten. Die Ernennungen der SA-Führer werden laufend im SA-Berordnungsblatt bekanntgegeben. Außerdem wird jedem vom Führer ernannten SA-Führer ein Patent seiner Dienststellung ausgefertigt.“

Vertrag mit Schulze-Naumburg abgelehnt.

Weimar, 20. Mai. (Eigenbericht.)

Im Haushaltsausschuß des Thüringischen Landtags wurde am Mittwoch mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Stimmen der Wirtschaftspartei und Nationalsozialisten bei Stimmhaltung des Landbundes und der Volkspartei der Vertrag abgelehnt, den Fried mit seinem Parteifreund Schulze-Naumburg als Leiter der Kunsthochschule in Weimar abgeschlossen hat. Der Vertrag enthält die Klausel „vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags“. Diese Klausel war auf Verlangen des Finanzministers Baum in den Vertrag aufgenommen worden. Fried hat aber den Vertrag dem Landtag nicht vorgelegt. Abg. Geier (Volksp.) erklärte, Fried's Verhalten grenze an Verfassungsbruch. Seine Partei halte Schulze-Naumburg infolge seiner einseitigen parteipolitischen Einstellung für nicht geeignet, als Leiter der Kunsthochschule zu fungieren. Der Vertreter des Landbundes erklärte, dem Vertrag nicht zustimmen zu können, weil er für Schulze-Naumburg ein Gehalt von 15000 Mark jährlich vorsieht, während die Nationalsozialisten verlangen, daß die Minister nur 12000 M. erhalten. Das sei Inkonsequenz, zumal Schulze-Naumburg auch noch seinen Beruf ausübe und die Aufsicht über die Schule nur nebenberuflich sei.

Verwarnung für ein Hakenkreuzblatt.

Weimar, 20. Mai. (Eigenbericht.)

Der in Weimar erscheinende „Nationalsozialist“ meldet am Mittwoch, daß der Thüringische Innenminister Dr. Kästner folgendes Schreiben an die Redaktion gerichtet hat:

„In der letzten Nummer der Zeitung der „Nationalsozialist“, besonders in Nr. 78, sind verschiedentlich Wendungen gebraucht worden, die in anderen denkbaren Kreisen der Bevölkerung erste Beunruhigung hervorrufen müssen. Ohne auf Einzelheiten eingehen zu wollen, müssen wir darauf hinweisen, daß die Zeitung der „Nationalsozialist“ mit Maßnahmen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 gegen sich rechnen muß, wenn in ihr ähnliche Redewendungen wiederkehren sollten. Wir hoffen, daß es nur dieses Hinweises bedarf.“

Agrarkreditbank geschaffen.

Für die Bauern oder die Großgrundbesitzer.

Genf, 20. Mai. (Eigenbericht.)

„Das erste Kind der Europa-Kommission“, wie Rotta-Schweiz die Bank für internationalen agrarischen Kredit nannte, ist in der Mittwochssitzung aus der Taufe gehoben worden. Der Entwurf der Beratungen wurde einstimmig angenommen, ebenso die Resolution zur Durchführung aller Arbeiten. Die Konvention tritt in Kraft nach Aufbringung der 10 Millionen Dollar Kapital und Reserven. Die Unterzeichnungsfrist für die Länder läuft bis 30. September. Sie der Bank wird Genf, nachdem Paris seine Kandidatur zurückgezogen hatte. Der Völkerbundsrat wurde aufgefordert, die Mitglieder des Organisationskomitees zu bestimmen.

Im Verlauf der Sitzung der Europa-Kommission erklärten ihren bedingungslosen Beitritt zum Konventionsentwurf der Bank die 13 Staaten: Polen, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien, Tschechoslowakei, Ungarn, Estland, Lettland, Italien und Luxemburg. Unter Vorbehalt der Unterzeichnung anderer Länder erklärten sich Deutschland, Belgien und Holland zur Unterzeichnung bereit, während England, die Schweiz und Schweden die wohlwollende Prüfung durch ihre Parlamente versprachen.

Die Türkei ließ erklären, daß sie an der Teilnahme und den Krediten der Bank aufs stärkste interessiert sei, hingegen keine Vorsorge für den Beitritt von Nichtmitgliedern des Völkerbunds getroffen worden sei. Briand versprach, daß alles geschehen werde, um der Türkei den Anschluß zu ermöglichen. Alle konstitutionellen Schwierigkeiten könnten durch den Eintritt der Türkei in den Völkerbund am besten behoben werden. Der Wunsch der Türkei wurde von Italien, Griechenland, Bulgarien, Ungarn und der Schweiz unterstützt.

Witwinow beehrte die Versammlung, daß diese Kredite nur den Großbauern gegeben werden könnten, die Hypotheken auf Grundbesitz und auf eine gute Landwirtschaft aufnehmen könnten. Man müsse auch die Ernten der Kleinbauern beiseite lassen. Die Kaufkraft der Massen werde durch das neue Institut nicht gehoben.

Zum Schluß wurde noch ein Komitee aus Vertretern der Schweiz, Frankreichs und Englands gebildet, um die Verhandlungen mit der schweizerischen Bundesregierung zu führen.

Deutscher Schulstreik in Westpolen.

Ein Kapitel Minderheitenschutz.

Die polnische Regierung hat dem Völkerbundsrat Rechenschaft über den so fragwürdigen Minderheitenschutz in Ostoberschlesien geben müssen; sie hat zu diesem Zweck einen Bericht vorgelegt, der jede Schuld von ihr nehmen soll. Wie es aber in Pommerellen geht, lehrt folgender Bericht:

Im Kreise Schweg hat der Kreisschulinspektor am 30. April dieses Jahres verfügt, daß ab 1. Mai der evangelische Religions-

unterricht nur in polnischer Sprache abgehalten ist. Praktisch gilt diese Verfügung für alle Schulen, mit Ausnahme von zwei deutschen Privatschulen mit zusammen 114 Kindern. Es gibt im Kreise Schweg etwa 2000 deutsche Schulkinder, denen man jedoch den Besuch deutscher Schulen durch Hintertreibung ihrer Erziehung trotz dem Minderheitenschutzvertrag fast überall unmöglich macht. Die Schulbehörde erlaubt den Lehrern auch nicht, an ihren freien Nachmittagen den deutschen Kindern deutschen Unterricht zu erteilen. Der einzige deutschsprachige Unterricht war noch der Religionsunterricht. Zur Antwort auf die provokante Verfügung des Schwegener Kreisschulinspektors sind die Deutschen jetzt in den Schulstreik getreten. Vor 30 Jahren hat es in Breschen einen polnischen Schulstreik gegen eine ähnliche, allerdings weit mildere Verfügung der preussischen Regierung gegeben; aber sie war nicht durch internationalen Staatsvertrag verpflichtet, Sprache, Kultur und Gleichberechtigung der Minderheitsvölker zu schützen. Im Deutschen Reich gibt es rund hundert polnische Minderheitenschulen mit über 100 Lehrern, von denen 90 Prozent sogar polnische Staatsangehörige sind, während in Polen kein einziger reichsdeutscher Lehrer unterrichten darf. Ist es in Schweg nur der Uebergriff einer lokalen Behörde, dann hätte es die polnische Regierung leicht die angeblich gebesserten Beziehungen zwischen Behörden und Minderheiten zu beweisen.

Urteil gegen die französischen Flieger.

Geldstrafen wegen Pflückerens.

Schweinfurt, 20. Mai.

Von dem hiesigen Schnellrichter wurden heute nachmittag die auf dem Schweinfurter Flugplatz gelandeten französischen Flieger wegen Pflückerens und Ueberbreitung der Luftverkehrsordnung verurteilt. Der Fähnrich Rene erhielt 250 M. Geldstrafe bzw. zehn Tage Haft, der Woi Pfeifer 100 M. Geldstrafe bzw. vier Tage Haft, und der Untermaat Benzet ebenfalls 100 M. Geldstrafe bzw. vier Tage Haft. Außerdem wurden die Flieger zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Der Verhandlung wohnte der französische Konsul in Nürnberg mit einem Dolmetscher bei, der nach der Verhandlung die Flieger im Flugzeug mit nach Nürnberg nahm.

Stadtratswahl in Schwerin.

Eine Enttäufung für die Hakenkreuzler.

Schwerin, 20. Mai. (Eigenbericht.)

Die Stadterordnetenversammlung wählte am Dienstag den bisherigen sozialdemokratischen Stadtrat Lüdemann, dessen gute Leistungen als Wohlfahrtsdezernat allgemein anerkannt wurden, mit 25 Stimmen der Sozialdemokraten und einem Teil der bürgerlichen Fraktionen wieder zum Stadtrat. Der nationalsozialistische Gegenkandidat erhielt 18 Stimmen. Bei der Wahl eines weiteren behördlichen Stadtrats und eines unbehördlichen Stadtrats unterlagen die Nationalsozialisten gleichfalls.

Der Konrektor auf der „Eselwiese“.

Öffentlicher Krieg mit einer Eifjährligen.

„Eselwiese“ nennt man im Lande jenen Teil gewisser Zeitungen, in dem jeder der geschätzten Leser ohne Verantwortung der Redaktion seine jeweilige Meinung über dies und das zum Ausdruck bringen kann. Auf solcher Wiese wachsen natürlich „Kraut und Rüben“ im wirren Durcheinander. Zuweilen findet sich aber auch ein besonders duftendes Blümlein.

In Hugenbergs Lokalblatt für die geistig Vorne fanden wir auf solcher grünen Wiese diese Blüte:

Ein Herr R. Feldmüller, der sich selbst als Konrektor an der 63. Volksschule, Gipsstraße 23a, bezeichnet, beginnt einen Zeitungskrieg mit einer seiner Schülerinnen in der 4. Klasse, also etwa einer elf- bis zwölfjährigen Berlinerin, die er selbst als eine der besten Schülerinnen der Klasse bezeichnet. Er führt den vollen Namen und die volle Adresse dieses Mädchens den Lesern des „Lokal-Anzeigers“ vor, um seinen Zorn über sie und die „lanze Richtung“ zu ergehen, der sie zu entstammen scheint. Man traut seinen Augen kaum, wenn man die Mitteilungen des Herrn Konrektors liest. Römisch: er hat nach seinen Angaben in der Erdkunde stunde (!) den Schülerinnen von Hildesheim erzählt und dabei auch von Ludwig dem Frommen und dem tausendjährigen Rosenstock. Dann ließ er diese fromme Sage zu einem Aufsatz verarbeiten und von einigen der Mädchen das Geschriebene vorlesen. Dabei kam auch das jetzt öffentlich angeprangerte Schulkind an die Reihe. Und zum Entsetzen des Herrn Konrektors mußte er folgendes hören:

„Früher hatte es bei uns Kaiser gegeben. Einer von denen war Ludwig der Fromme. Ludwig der Fromme war wie viele andere Fromme etwas beschränkt. Bei einer Jagd bildete er sich ein, er habe einen weißen Hirsch mit einem Kreuz in der Mitte des Geweihs gesehen, der zu ihm sprach: Lasse an dieser Stelle eine Kirche bauen. Ludwig ließ die Kirche bauen. Seitdem gehen alle Leute, die an diesen Schwindel glauben, in die Kirche.“

Herr Feldmüller knüpft daran folgende Bemerkungen: „Natürlich habe ich dem Mädchen, das zu den besten Schülerinnen der Klasse gehört, vor allen Kindern gehörig meine Meinung gesagt und mir solche Unverschämtheit für alle Zukunft energisch verboten. Zufällig besuchte mich am Dienstag die Mutter des Kindes. Ich nahm ihr gegenüber kein Blatt vor den Mund und fragte sie, was sie wohl dazu sagen würde, wenn ich oder eine der Schülerinnen in gleicher Weise über die Revolution, die Republik oder die Sowjetunion geurteilt hätte.“ Sie antwortete: „Das würde ich mir auf keinen Fall gefallen lassen.“

Auch sonst regt sich der Konrektor erheblich auf. Er verlangt, daß „solche Schädlinge zwangsweise in die weltlichen Schulen“ veretzt werden. Er betrachtet also die weltliche Schule als eine Korrektionsanstalt, wie man früher sagte, oder will er andeuten, daß in der weltlichen Schule ein vernünftigeres Unterrichtssystem herrsche?

Kur auf einen Gedanken scheint Herr Feldmüller nicht gekommen zu sein, nämlich auf den nächstliegenden, daß die ganze fromme Legendenwelt der Borzeit einem Arbeiterkind aus den Rietskasernen der Großstadt vollkommen inhaltlos geworden ist, daß die Wunder der technischen Gegenwart diesen Großstadtkindern unendlich viel näher liegen, als die Rosenstöcke von Hildesheim.

Aber weil ihn eine Welt trennt von der inneren Welt der Rietskasernen, darum vergiftet er sich so weit, die Eifjährlige, die sich gegen ihn nicht wehren kann, mit vollem Namen und voller Adresse auf der Eselwiese des Hugenberglattes der Entrüstung der Leserbücher preiszugeben.

Diese öffentliche Anprangerung eines Schulmädchens dürfte aber sicher auch noch andere Kreise interessieren, als die patriotisch-christlichen Durchschnittsdeutschen vom Lager Hugenbergs.

Literarischer Hochverrat.

Strafantrag gegen den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Kemmle.

Leipzig, 20. Mai.

In dem Hochverratsprozeß gegen den kommunistischen Reichstagsabgeordneten und Parteisekretär Kemmle beantragte der Reichsanwalt, den Angeklagten wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens und wegen Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung zu zwei Jahren und neun Monaten Festungshaft zu verurteilen. Die Urteilsverkündung wird am Donnerstag mittag erfolgen. Der Antrag ist wohl das höchste Strafmaß, das in den literarischen Hochverratsprozessen bisher beantragt worden ist.

Nach der Anklage hat Kemmle in der Zeit vom Januar 1929 bis August 1930 fortgesetzt Hochverrat vorbereitet, denn er ist verantwortlich für eine ganze Anzahl in dieser Zeit erschienener Veröffentlichungen und einzelner Artikel.

Arbeitslose irreführt.

Wie Sowjetfilme produziert werden.

Warschau, 20. Mai. (Eigenbericht.)

Das Zamberger sowjetrussische Konsulat hat einen Zwischenfall hervorgerufen, der die sowjetischen Propagandamethoden groß beleuchtet. Einige kommunistische Agitatoren hatten unter den Arbeitslosen Zambergs das Gerücht verbreitet, daß das Sowjetkonsulat Arbeiter für Rußland anwerbe und auch gleich Anzahlung leiste. In den Nachmittagsstunden versammelte sich am Dienstag daher eine große Menge von Arbeitslosen vor dem Konsulatsgebäude. Tatsächlich erschien bald ein Sowjetbeamter, der einige Dollarsnoten und die Einfuhrerlaubnis nach Sowjetrußland verteilte. Als aber die Polizei eingriff und die Menge zu zerstreuen begann, erschien plötzlich ein zweiter Konsulatsbeamter, der diese Szene zu filmen begann. Die ganze Sache ist also nur inszeniert worden, um propagandistischen Zwecken zu dienen. Die Szene soll entsprechend freilich in Sowjetrußland gezeigt werden.

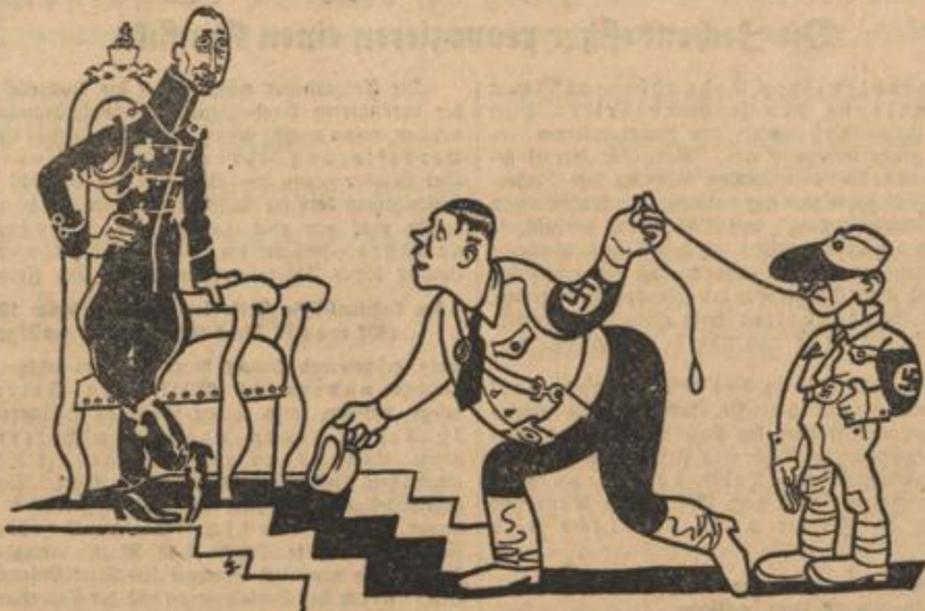
Der Staatsbahndirektor „unlauter“.

Berufungsgericht verurteilt Strafella.

Wien, 20. Mai. (Eigenbericht.)

Nach dreitägiger Verhandlung bestätigte das Berufungsgericht das Urteil der Klage des jetzigen Generaldirektors Dr. Strafella gegen die „Arbeiter-Zeitung“, das den Wahrheitsbeweis für den Vorwurf, daß Strafella unkorrekt und unlauter vorgegangen sei, für erbracht erklärte. Die Unlauterkeit und Unkorrektheit wurde namentlich in dem geschäftlich verbotenen Verkauf von Wohnungen und in seinen häuserspekulationen, die er in der Inflationzeit auch in Berlin und München betrieb, erblickt.

Hohenzollern-Nationalsozialisten.



„Es ist jetzt an der Zeit, die verhetzten Massen wieder an die monarchische Tradition heranzuführen.“

„Konflikt“ in der Volksbühne.

Eine Erklärung des Vereinsvorstandes.

Ueber gewisse Vorgänge innerhalb der Berliner Volksbühne sind in der letzten Zeit zahlreiche Pressemitteilungen erschienen. Dabei ist fälschlicherweise verbreitet worden, daß es der Vorstand der Volksbühne für notwendig hält, aus seiner mit Vorbedacht gewählten Zurückhaltung herauszutreten und eine Sachdarstellung zu geben.

Bei den Beratungen über den nächstjährigen Etat der Volksbühne machte sich bei einem Teil der Verwaltungsmitglieder eine starke Verstimmung gegen den langjährigen Geschäftsführer des Theaters am Bülowplatz, Heinrich Reft, bemerkbar, die ihren Grund ausschließlich in Meinungsverschiedenheiten über die wirtschaftliche Führung des Theaters hatte. Sie verdrängte sich auch zu einem Antrag gegen den Geschäftsführer.

In späteren Verhandlungen des Vorstandes über diesen Antrag griff der künstlerische Leiter des Theaters, R. H. Martin, mit der Erklärung ein, daß er sich unbedingt hinter Reft stelle. Etwa gleichzeitig damit verhandelte er ohne vorherige Benachrichtigung des Vorstandes eine Erklärung an die Presse, die sich gegen gewisse, von einigen Tageszeitungen wiedergegebene Sätze der Vereinszeitschrift über den Charakter des nächstjährigen Spielplans der Volksbühne wandte.

Es ist unrichtig, daß diese Ankündigung der Vereinszeitschrift für das kommende Jahr einen lediglich der Unterhaltung dienenden Spielplan angekündigt hätte. Es hieß dort vielmehr ausdrücklich, daß nach wie vor „im Spielplan der Volksbühne alles Winderwertige, Kitzliche und Verlogene ausgeschaltet bleiben“ solle und daß „das Leichte, Unterhaltsame ernste, erschütternde Werke nicht verdrängen“ werde. Wenn daneben freilich auch erklärt wurde, der Spielplan des kommenden Jahres werde mehr als bisher auf eine heitere, unterhaltsame Note abgestimmt sein, so entsprach das den Wünschen, die immer wieder im Verwaltungsrat der Volksbühne geäußert worden waren und denen auch ein damals von R. H. Martin vorgelegter Spielplan weitgehend Rechnung trug. Enthielt dieser Spielplan doch u. a. Reftros, „Freiheit in Krähwinkel“, und Karwei, „Das grobe Hemd“. Die Presseerklärung R. H. Martins mußte den Eindruck erwecken, daß zwischen der Vereins- und der Theaterleitung wesentliche Differenzen beständen. Sie war außerdem geeignet, von den Funktionen der einzelnen Stellen innerhalb der Volksbühne ein schiefes Bild zu geben. Die Pressekommentare zogen denn auch fast durchweg daraus falsche Schlüsse. Deshalb sah sich der Vorstand veranlaßt, in einem Schreiben an R. H. Martin gegen die Tendenz seiner Erklärung Stellung zu nehmen.

Wenig später hielt R. H. Martin in einer Verwaltungssitzung (die schon lange vorher vom Vorstand einberufen war), ohne vorherige Unterrichtung des Vorstandes, aber nach ausdrücklicher Ankündigung in einigen Tageszeitungen eine programmatische Rede, die für ihn selbst größere Machbefugnisse, vor allem völlig freie Entscheidung bei der Auswahl der Stücke forderte. Sowie er einen künstlerischen Ausschuss des Vereins Volksbühne noch anerkennen wollte, verlangte er die Berufung neuer Persönlichkeiten. In der Aussprache fanden manche der von Martin gegebenen Anregungen ohne weiteres Zustimmung. Andere wurde wenigstens als diskutabel erklärt. Allerdings wurde von mehreren Rednern auch sehr eindringlich betont, daß der demokratische Charakter der Volksbühne nicht angetastet werden dürfe, und daß der künstlerische Ausschuss als Vertretung der Mitgliedschaft der Volksbühne, d. h. der Unternehmer und Besitzer des Theaters, bei den Entscheidungen über den Spielplan nicht ausgeschaltet werden könne. Die Debatten endeten mit der allgemeinen Zustimmung zu einer für die Presse bestimmten, von Martin mitverfaßten Erklärung, in der lediglich gesagt wurde, daß die Martinischen Vorschläge Gegenstand weiterer Verhandlungen sein sollten.

Wertwürdigerweise brochten jedoch am nächsten Tage mehrere Blätter, die schon lange vorher vom Vorstand einberufen waren, statt oder neben dieser Erklärung allerlei andere Mitteilungen über den Verlauf der Verwaltungssitzung. Dabei handelte es sich teilweise um Angaben, die nur unter Bruch der Vertraulichkeit der Sitzung gemacht werden konnten. Die Tendenz der Berichte war aber überall falsch. Wahrheitswidrig wurde beispielsweise behauptet, daß die Debatten einem „Putz der Funktionäre“ gegen die künstlerische Leitung entspringen wären, der nun von Martin und Reft erfolgreich niederkämpft worden sei. Vielfach waren die Ausführungen der Presse auch mit völlig irrigen, dabei höchst verletzenden Behauptungen über die Rolle des Generalsekretärs der Volksbühne, Dr. S. Restriepke, und gänzlich unberechtigten Schmähungen der Ordnerschaft des Vereins verbunden.

Der Vorstand der Volksbühne beschränkte sich trotzdem darauf, eine Sitzung des künstlerischen Ausschusses zu berufen, in der die Anregungen Martins aus der Verwaltungssitzung milderbehandelt werden sollten. Dieser Sitzung unterbreitete R. H. Martin fünf später von ihm veröffentlichte Leitsätze sowie einen neuen, von der ersten Vorlage in mancher Hinsicht abweichenden Spielplanentwurf.

In durchaus sachlicher Beratung wurden die Vorschläge des Spielplanentwurfs zum größten Teil gebilligt. Bei einzelnen noch nicht vorliegenden Werken wurde allerdings erklärt, daß der künstlerische Ausschuss oder wenigstens eine kleinere Kommission des Ausschusses Gelegenheit haben müsse, sie noch kennenzulernen, um zu ihnen Stellung zu nehmen. Ebenso wurden die ersten beiden der von Martin unterbreiteten Leitsätze einmütig angenommen und zugleich auch schon die Notwendigkeit anerkannt, gemäß den Wünschen Martins aus dem künstlerischen Ausschuss ein kleineres Gremium zur ständigen engeren Zusammenarbeit mit dem Bühnenleiter zu bestimmen. Die weitere Beratung, bei der einzelne Meinungsverschiedenheiten zu Tage traten, wurde unterbrochen durch eine scharfe Auseinandersetzung, die an die vorangegangenen Presseveröffentlichungen anknüpfte. Mitglieder der Verwaltung und des künstlerischen Ausschusses wandten sich dagegen, daß offenbar von Martin oder ihm nahestehenden Persönlichkeiten entgegen der getroffenen Vereinbarung einseitige und abwegige Informationen an die Zeitungen gegeben worden seien. Martin wurde dadurch zu der Erklärung veranlaßt, er sehe nun doch, daß zwischen ihm und der Vereinsleitung scharfe Gegensätze beständen, und er lasse es ab, daß sie „überheißert“ würden. Der Vorsitzende der Versammlung hat demgegenüber, doch die weiteren sachlichen Beratungen abzuwarten, und vertagte mit der Bitte, nicht wieder Pressepolemiken zu entfachen, die Sitzung.

Während sich die Vereinsleitung auch diesmal zurückhielt, beistimmte R. H. Martin, die dem künstlerischen Ausschuss vorgelegten und noch zur Beratung stehenden Leitsätze der Presse zu übergeben. Zugleich erhielt diese offenbar wiederum Mitteilungen über den Verlauf der Sitzung, die den Tatsachen in keiner Weise entsprachen.

Damit steht auf gleicher Linie die Tatsache, daß ein von Martin nach der Sitzung an den Geschäftsführer Reft als Mitglied des Vorstandes der Volksbühne gerichtetes Schreiben in der Presse veröffentlicht wurde, ehe es auch nur die Vorstandsmitglieder zur Kenntnis erhalten hatten. Ferner, daß in einem Rittagsblatt unter der Überschrift „Martins Kunstprogramm gegen Unterhaltungsprogramm“ eine Aufzählung von zehn Werken erschien, die angeblich von Martin im Verein mit Reft als Spielplan der Volksbühne für das nächste Jahr vorgesehen waren, während fünf Unterhaltungsstücke genannt wurden, die der künstlerische Ausschuss der Volksbühne „geben möchte“. Tatsächlich wurden von den als Programm Martins ausgegebenen zehn Stücken dem künstlerischen Ausschuss in seiner Sitzung wenige Tage vorher nur sechs mitgeteilt, von denen fünf ohne weiteres die Billigung des Ausschusses fanden. Andererseits wurde von den fünf Stücken, die angeblich das Programm des künstlerischen Ausschusses darstellten, das eine oder andere zwar gelegentlich in der Diskussion genannt (das eine auch nur deshalb, weil Hans Wilders es in Vorschlag gebracht hatte), niemals aber wurde auch nur eines dieser Stücke vom künstlerischen Ausschuss angenommen oder vorgeschlagen. Nur über eines wurde von den Mitgliedern des künstlerischen Ausschusses abgestimmt, und dieses fand mit großer Mehrheit Ablehnung.

Der Vorstand der Volksbühne stellt angesichts dieser Sachlage fest: Die leitenden Stellen des Vereins Volksbühne haben immer Wert darauf gelegt, mit dem künstlerischen Leiter des Theaters im Einvernehmen zu arbeiten. Sie haben oft seine Leistungen anerkannt und sind bereit gewesen, auch seinen Vorschlägen für eine Ausgestaltung seiner Stellung nach Möglichkeit entgegenzukommen. Sowie R. H. Martin Vorwürfe gemacht wurden, bezogen sie sich auf seine Art, interne Auseinandersetzungen zum Nachteil der Volksbühne vor das Forum der großen Öffentlichkeit zu ziehen. Darüber hinaus muß freilich auch festgestellt werden: Der Verein Volksbühne ist Träger des Theaters am Bülowplatz. Er muß die Kosten für den Betrieb ausbringen und sein Risiko tragen. Er kann das Theater nur halten, wenn seine Vorbereitungen die Zustimmung der Vereinsmitglieder finden. Infolgedessen kann er sich nicht seines Rechtes und seiner Verpflichtung entziehen, bei der Gestaltung des künstlerischen Programms Einfluß zu nehmen, d. h. die Interessen und Wünsche der Mitgliedschaft zur Geltung zu bringen.

Ein schlesischer Kriminalbeamter in Polen verhaftet. Kriminalsekretär Preiß von der Grenzschutzstelle Romsau ist von einem Dienstgang an die polnische Grenze nicht zurückgekehrt. Anscheinend hat der Beamte, der sich erst seit kurzer Zeit in Romsau befindet und den dortigen Verlauf der Grenzlinie daher nur wenig kennt, irrtümlich polnisches Gebiet betreten. Bei dieser Gelegenheit dürfte er von polnischen Grenzbeamten festgenommen worden sein. Nach Notizen in polnischen Zeitungen ist gegen Preiß ein Verbot erlassen worden.

Gravina bleibt Bälterbundskommissar. Der Bälterbundsrat hat die Amtsdauer des Bälterbundskommissars in Danzig, Gravina, um drei Jahre verlängert.

Berlins Notetat.

Defizit: 92 Millionen. — Erhöhung der Bier- und Bürgersteuer als Opfer für die Arbeitslosen.

Der Magistrat verabschiedete gestern nach Anhörung der Bezirksbürgermeister den Haushaltsplan für das Etatsjahr 1931/32. Der Stadtkämmerer wird den neuen Haushaltsplan in der Stadtverordnetenversammlung am 3. Juni einbringen. Der Haushaltsplan schließt in den Einnahmen mit 1,298 Milliarden Mark, in den Ausgaben mit 1,390 Milliarden Mark ab (im Vorjahr auf beiden Seiten mit 1,160 Milliarden Mark). Trotz stärkster Drosselung aller Ausgaben und geplantem, die arbeitende Bevölkerung von neuem schwer treffendem Anziehen der Steuerherrschaft, bleibt ein Defizit von 92 Millionen Mark. Der Voranschlag sieht eine 200prozentige Erhöhung der Bürgersteuer, eine Verdoppelung der Biersteuer und die Steigerung des Wasserpreises um 5 Pfennig je Kubikmeter vor! Wie das Stadtparlament sich zu diesen Deckungsvorschlägen stellen wird, ist im Augenblick natürlich noch völlig ungewiß. Reich und Staat aber dürfen sich jetzt der Einsicht nicht mehr verschließen, daß ohne ihre Hilfe, ohne einen gerechteren Finanzausgleich eine Gesundung der Finanzen der Reichshauptstadt unmöglich ist.

Die Gestaltung des gesamten Haushaltsplans wird auf das stärkste von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise beeinflusst. Sie macht sich zunächst durch den rückgängigen Ertrag der Steuern bemerkbar. Die Steuererhöhungen und selbst die restlose Inanspruchnahme der durch die Vorkriegsordnung den Gemeinden gegebenen Besteuerungsmöglichkeiten, der Magistratsvoranschlag fordert einen Zuschlag von 200 Proz. zur Bürgersteuer, konnten der Stadt nicht die Mittel bringen, die sie zur Erfüllung der notwendigen Aufgaben gebraucht. Durch den ungerichten Finanzausgleich ist Berlin gezwungen, Millionenbeträge aus seinem Steueraufkommen abzuführen, die ihm jetzt bei der Aufstellung des Etats für die wichtigsten Zwecke fehlen.

Vor allem aber ist es das Anschwellen der Wohlfahrts-

lasten, das den Etat aufs schärfste belastet. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans von 1930 wurde mit einer Zahl von 50 000 Wohlfahrtsberechtigten gerechnet, für die 46 Millionen Mark in den Etat eingezogen waren. In dem Etat von 1931 müssen für diesen Zweck allein 158 Millionen Mark bereitgestellt werden.

Mehr als ein Zehntel des gesamten Ausgabenhaushalts wird für die Unterhaltung der Erwerbslosen Berlins aufgewendet! Um dem Arbeitslosen die knappe Unterstützung zu sichern, müssen in dieser Notzeit die wichtigsten anderen Aufgaben völlig zurücktreten.

Deshalb wurden in allen Teilen des Haushaltsplans die Ausgaben weit über das Maß des Ertragsmäßigen gedrosselt. Außerdem wurde vom Magistrat eine Personaleinstellungssperre beschlossen, die sowohl in der Zentrale wie in den Bezirken aufs strengste durchgeführt werden soll.

Auch die Ausgaben der außerordentlichen Verwaltung sind aufs äußerste eingeschränkt worden. Wenn trotzdem der außerordentliche Haushalt eine Steigerung von 44,9 auf 287 Millionen Mark, die in den 1,390 Milliarden Mark mit enthalten sind, erfahren hat, dann hauptsächlich wegen der jetzt erfolgten Etatifizierung der Untergrundbahnbauten und des Grundstücksbesitzes der BVG. Denn für diese Zwecke sind allein 256 Millionen Mark in den Etat eingezogen worden. Diese Ausgaben sind zum größten Teil schon geleistet.

Zur Erhöhung der Einnahmen hat der Magistrat beschlossen, auch das Wassergeld vom 1. Juli d. J. ab von 20 auf 25 Pf. je Kubikmeter zu erhöhen.

Trotz aller dieser Maßnahmen ist es nicht möglich gewesen, den Etat 1931 ins Gleichgewicht zu bringen. Es bleibt ein ungedecktes Defizit von 92 Millionen Mark. Ebenso fehlen die Mittel, um das Defizit des Etats von 1930 in Höhe von ungefähr 100 Millionen Mark abzudecken.

Angesichts dieser Zahlen darf die Hilfe von Reich und Staat, die in erster Linie darin bestehen muß, Berlin die Steuern zu belassen, die in seinen Mauern aufgebracht werden, nicht mehr lange auf sich warten lassen, soll die Reichshauptstadt nicht vor die Hunde gehen.

Großfeuer durch Explosion.

Ein Arbeiter lebensgefährlich verletzt.

In den Lichtenberger Mineralölwerken, Kommanditgesellschaft, in der Herzbergstraße 35 in Lichtenberg, wurde in den geistigen Abendstunden durch eine Benzinexplosion ein schweres Brandunglück verursacht, bei dem ein Handwerker lebensgefährliche Verbrennungen erlitt. Die Völscharbeiten gestalteten sich sehr schwierig, da riesige Benzinkessel eine Zeitlang unter Explosionsgefahr standen.

Das Unglück ereignete sich in einer einstöckigen Halle, in der sich die sogenannte Benzin-Rektifikationsanlage befindet. In den Abendstunden waren in dieser Abteilung noch zwei Schlosser vermutlich mit Reparaturarbeiten beschäftigt. Kurz vor 20.15 Uhr erfolgte plötzlich aus bisher nicht gekläarter Ursache eine heftige Explosion. Fast im Augenblick stand ein Teil der Halle in Flammen.

Den beiden Arbeitern war der Weg ins Freie abgeschnitten.

Der Arbeiter Bruno Eiler aus der Gürtelstraße 29 in Lichtenberg rettete sich durch Sprung aus einem Fenster. Er zog sich hierbei eine Hüftverstauchung zu. Viel schlimmer erging es seinem Arbeitskollegen Erich Kuppler aus der Rüdersdorfer Straße 54, dessen Kleider Feuer gefangen hatten. Lichterlos brennend eilte der Unglückliche auf den Hof hinaus, wo er bewußtlos zusammenbrach. Mit furchtbaren, lebensgefährlichen Verbrennungen wurde er durch die Feuerwehr ins Lichtenberger Krankenhaus gebracht.

Die Flammen hatten auf die Benzinleitungen übergegriffen, so daß für die Kessel mit einem Inhalt von mehreren zehntausend Litern höchste Explosionsgefahr bestand. Während die Flammen mit Schaumgeneratoren erstickt werden konnten, mußten gleichzeitig vier Schlauchleitungen in Tätigkeit gesetzt werden, wodurch die Kesselanlagen unaufhörlich beriebelt wurden. Das Feuer, das auch auf den Dachstuhl der Halle übergegriffen hatte, war um 22.30 Uhr völlig gelöscht.

Das Unglück dürfte für die Firma noch Weiterungen haben, da für das feuergefährliche Werk besondere strenge feuerpolizeiliche Bestimmungen bestehen, wonach u. a., wie wir erfahren, zu der späten Abendstunde überhaupt nicht mehr gearbeitet werden durfte.

Erwerbslosen-Kinder nach Frankreich.

Zur Erholung auf die paradisiische Insel d'Oléron.

Die französischen Lehrerverbände haben im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften die Lehrervereine einer Anzahl deutscher Städte eingeladen, Kinder von erwerbslosen Eltern zu einem Erholungsurlaub nach Frankreich zu schicken. Auch der Berliner Lehrerverband hat eine solche Einladung erhalten. Die Berliner Jugendämter haben die erholungsbedürftigen Kinder erwerbsloser Eltern durch die Schulärzte auswählen lassen und für die Reise ausgerüstet. Die Berliner Kinder erhalten fast wahllos in Deutschland als auch in Frankreich freie Fahrt und werden von Berliner Lehrern und Lehrern während des Aufenthalts in Frankreich beaufsichtigt. Die Abreise der Berliner Kinder erfolgte am Mittwochvormittag. Die Kinder finden in einem landschaftlich schön gelegenen Kinderheim auf der Insel d'Oléron, das unter ärztlicher Leitung steht, Aufnahme. Dort werden sie sich hoffentlich gut erholen.

Pfingstsonntag bleibt die Stadtbank geschlossen. Pfingstsonntag, dem 23. Mai, bleiben sämtliche Girokassen und Büros der Berliner Stadtbank für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen. Nur für Wechselzahlungen wird in der Hauptkasse, Berlin C. 2, Mühlendamm 1, Erdgeschoss rechts, ein Schalter in der Zeit von 10 bis 12 Uhr geöffnet sein. Die Sparkasse der Stadt Berlin hält ihre Geschäftsstellen und Büros an diesem Tage ebenfalls geschlossen.

Beitragssauschuh für Arbeiterwohlfahrt. 11. Kreis. Heute Donnerstag findet keine Führung nach Lindenhof statt.

Schweres Eisenbahnunglück in Paris.

Bisher 50 Verletzte aus den Trümmern geborgen.

Paris, 20. Mai.

Auf dem Eponeer Bahnhof in Paris hat sich am Mittwochvormittag kurz nach 8 Uhr ein Eisenbahnunglück ereignet. Der aus Montreux via Lausanne, vollbesetzte Personenzug wurde wenige Meter vor der Einfahrt von einer rangierenden Lokomotive mit voller Wucht angefahren. Der Zusammenprall war so heftig, daß der zweite und dritte Wagen des Zuges eingedrückt wurden. Dem sofort herbeieilenden Bahnhofpersonal und den Rettungsmannschaften gelang es nach und nach 50 Verletzte aus den Trümmern zu bergen. Todesopfer scheint die Katastrophe nicht gefordert zu haben. Doch soll der Zustand von vier Verletzten sehr ernst sein. Die erste Untersuchung hat ergeben, daß das Unglück auf falsche Weichenstellung zurückzuführen ist.

Grubenbrand in Anhalt.

Röthen, 20. Mai (Eigenbericht).

Am Mittwochnachmittag entstand auf der Grube Eddaritz ein Grubenbrand. Durch Funtenflug gerieten die beiden

Fördertürme in Brand. Bevor Hilfe gebracht werden konnte, waren beide Türme niedergebrannt. Die zur Zeit des Feuers im Schacht befindlichen 100 Bergleute konnten sich nach langen Bemühungen durch Luftschläuche in Sicherheit bringen. Durch das Eingreifen der Feuerwehren aus Köthen, Dessau und aus sechs kleineren Orten konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden.

Gnadengesuch Kürten.

Wie die Justizpressestelle Düsseldorf mitteilt, hat Kürten entgegen seiner ursprünglichen Absicht ein Gnadengesuch eingeleitet, das er den zuständigen Instanzen einreichen will.

Gastbefehl gegen Egloffstein.

Der bekannte Hochstapler, der sich Freiherr von Egloffstein-Dertel nennt, sollte sich am Mittwoch vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen unrechtmäßiger Führung des Namens Egloffstein und wegen Hehlerei verantworten. Da Egloffstein zum Termin nicht erschienen war, erließ das Gericht gegen ihn Haftbefehl.

Der Botanische Garten ist an beiden Pfingstfeiertagen von 10 bis 7 Uhr geöffnet. Die Schaugewächshäuser dagegen sind nur am Pfingstsonntag von 2 bis 4 Uhr zu besichtigen; am zweiten Feiertag bleiben sie der Kulturen wegen geschlossen.

Tengany J. Zeno
Die fliegende Familie
Geschichte eines Artisten.
Roman aus dem Ungarischen von Alexander von Sachser-Masoch.

Als vor dem Wärrerhäuschen endlich die Abfahrt ausgerufen wurde, konnte ich nicht mehr an mich halten. Laut heulend warf ich mich an Freddys Brust. So, heulend, wanderte ich von Arm zu Arm mit meiner Schwester, und auch den Komödianten standen die Augen voll Tränen.
Es tröstete mich nicht, daß auf Mister Jads Anordnung der Wagen uns beide von der Station heimbrachte, als wären wir die feinen Kinder des Stuhlrichters. Es war, als hätten wir gefühlt, daß hier joeben ein kurzer, glückseliger Abschnitt unserer dämmerigen, schwebigen Jugendjahre endete, als wir vom Wagen stiegen, den die Komödianten bezahlt hatten.

Dreiundzwanzigstes Kapitel.
erfüllt Mister Jads Prophezeiung und beschließt die Erzählung des Lehrers.

Nun, etwa zwei, drei Wochen später brachte uns der Postbote eines Morgens ein umfangreiches Paket.
Wir öffneten es. Natürlich waren vier kleinere Pakete darin, auf jedem eine Aufschrift.
„Frau Gnädige, gute Gevatterin!“ Ein wunderschönes Kaschmirtuch. „Lieber Herr Gevatter!“ Eine überbeschlagnene, geschmückte Meerschampfeife in Samtstiel. „Meines Fräuleinchen!“ Ein Goldanhänger an langer, schwerer Kette. „Joco, kleiner Freund!“ Eine goldene Uhr.
Stelle dir vor, für so eine Roggnase eine wirkliche, goldene Uhr.
Mein Vater probierte sie auch gleich an seiner Waise, und da sie gut klappte, bot er mir sofort seine hundertjährige, bleierne Schlüsseluhr dafür an mit der Begründung, daß so ein teures Ding für mich zu schade sei. Ich würde die

Uhr sowie nur ruinieren. Natürlich begann ich zu flennen. Zum ersten Male sah ich da meine Mutter auf meinen Vater losgehen wie eine Here. Sie sprang vor ihn hin und schrie ihn an: „Legs sie hin! Und schäme dich deinen Teil. Du bringst das Kind nur zum Heulen. Ihn hatten diese Menschen am liebsten. Und du warst auch nur gemein zu ihnen in der letzten Zeit. Jetzt würdest du natürlich von diesem Hungerleidergezücht annehmen, was er für einen kleinen Freund gekauft hat? Schäme dich was!“

„Kanananana!“ krächzte mein Vater dazwischen, aber sichtbar weniger überlegen. Und er gab mir auch die Uhr zurück unter der Bedingung, daß ich sie nur an Sonn- und Feiertagen tragen dürfe.

Dem Paket war ein Brief beigelegt. Freddy schrieb an mich:

„Liebster Joco, mein Freund!
Nehme gern von mir kleinen Uhr. Ich viel bekommen für Kultur, auch jetzt sehr lieben verehrte Publikum mich. Nehmen gern an, liebes Fräuleinchen und lieber Vater und Mutter, was wir nicht Bogatelle, mein Vater, mein Mutter, weil ihre gute, brave Zeit, nobel zu uns in Unglück. Auch sie viele Grüße euch, aber nur können Namen hierher schreiben.“

Hier du siehst Zeitung unser Namen, die „berühmte fliegende Familie“. Viel Glück. Auch Du schreibst, hier Adresse, immer Freund zu Dir
Freddy.

„Ne, ich gesagt Frau Gnädige werden sein sehr viel zornig? Küsse die Hand und grüße viel alle Gevattern:
Mister Jod. Mister Adam. Grisalde.“

Dies stand in dem Brief. Ich habe ihn aufgehoben, ich suche ihn nachher, er muß hier irgendwo im Schrank sein.
Von der Uhr wurde ich leider in meiner Militärzeit bei den großen Manövern befreit.
Auch ein Paket Zeitungen fanden wir bei den Geschenken, darin waren mit Blauweiß angezeichnet die phantastischen Erfolge der berühmten „fliegenden Familie“, und tatsächlich Freddys tollkühner Sprung extra hernorgehoben.
Natürlich antworteten auch wir. Ich filiierte separat zwei Tage lang einen Dantbrief an Freddy und zerbrach meine Spardösche, um das Porto selbst zu bezahlen.
Dann erhielten wir noch ein paar Briefe von der fliegenden Familie aus deutschen und österreicherischen Städten. Sie

schrieben, daß sie wieder nach Rußland wollten. Auch von dort erhielt ich noch ein Schreiben Freddys. Aber das war das Letzte.

Du weißt, daß mein Vater bald darauf starb und ich in die Lehrerbildungsanstalt gesteckt wurde, an Stelle des Gymnasiums, weil das billiger war.

Auch meine arme Mutter sprach bis zu ihrem Tode immer von unferen früheren Mietern.

Ich habe so ein Gefühl, das Schicksal bezahle immer die Schuld für Verehrung und Liebe. Niemals vermochte ich mit Vernunftgründen meinem Glauben beizukommen, daß in jenem unmöglichen Prozeß die Komödianten Glück in unser Haus brachten und ein paar glückliche Tage in meine Kindheit stahlen, ja, als hätten sie aus den Herzen meiner Eltern die Viebslosigkeit für einige Zeit verbannt. Vielleicht, weil sie fühlen ließen, weis Vorstell der heimatische Herd bietet, an ihrem gejagten, ruhelosen Schicksal gemessen. Und doch verloren sie nie ihr Herz inmitten aller Not.

Soweit geht die Geschichte.
Dieser heruntergekommene elende Mensch hier, siehst du, der war der goldblöde, kleine Freddy. Ich weiß nicht, ob es mir gelungen ist, dich genügend fühlen zu lassen, was dieser Knabe meiner Kindheit bedeutete, damit du dich nicht wunderst, daß ich Mittel für ihn empfinde. Er ist um Jahre älter als ich, und zu diesem Schicksal verdammt. Noch gut, daß er hierher verschlagen wurde, vielleicht können wir etwas mit ihm anfangen.

Vierundzwanzigstes Kapitel,
das beginnt, wo das erste aufhörte.

Die Erzählung des Lehrers rührte auch den Hilfsnotar einigermaßen, und jetzt berieten sie zu zweit diese Sache: Wie dem Komödianten zu helfen wäre?

Erstens: Hatte er überhaupt die Absicht, seinem Beruf zu entsagen und irgendwo eine „ehrlichere“ Beschäftigung zu beginnen? Sie mochten ihn doch nicht nur so durchfüttern. Aber was konnte er?

Inzwischen erwachte Mister Fred. Er wusch und rasierte sich mit Hilfe des Lehrers, und der Lehrer ergänzte auch seine Garderobe so gut es ging aus der eigenen.

(Fortsetzung folgt.)

Unentwegt Heiratschwindel. Ergaunerte Spargroschen.

Der Sohn eines Kriminalsekretärs, selbst drei Jahre im Dienste der Kriminalpolizei, hatte sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Heiratschwindels zu verantworten.

Im Jahre 1926 ließ sich der jetzt 33jährige R. von seiner ersten Frau scheiden. Drei Jahre später war er erneut auf Freiersfüßen. Er ließ in verschiedenen Blättern Inserate erscheinen und meldete sich auch auf Inserate heiratslustiger Mädchen. Der ersten Heiratskandidatin nahm er ohne viel Schwierigkeiten einige hundert Mark ab, bei der zweiten sah er fest, da die resolute Dame Strafanzeige erstattete. R. rettete sich, indem er aus dem Spiel Ernst machte. Im Juli 1930 heiratete er die gefährliche Partnerin; sie nahm ihre Strafanzeige zurück. Nun hätte man annehmen können, daß mit der neuen Ehe — Mann und Frau hatten Anstellung — für R. ein geordnetes Leben beginnen würde. Weit gefehlt! Obgleich verheiratet, sah er seine Heiratschwindelereien mit besonderem Eifer fort. „Aus Liebe zu seiner Frau“, erklärte er gestern vor Gericht. Wie hätte er sonst zu einem trauten Heim kommen sollen? Er machte Mädchenbekanntschaften, erzählte von seiner Neubauwohnung, die er bereits besitze, von Möbeln, die er bestellt habe, versprach die Heirat und erhielt stets die gewünschten Summen. Die eine verließ ihn mit dem Schein auf eine Neubauwohnung, die andere gab ihm das Geld zur Anzahlung, eine dritte bezahlte für ihn die Möbel, die vierte die Beleuchtungskörper, eine fünfte die Gardinen und eine sechste die Bettdecken und die Teppiche. Seine Frau, ob so viel Liebe gerührt, ahnte nicht, mit welchen Mitteln er das traute Heim ausgeschmückt hatte. Eine von den Mädchen durfte sogar in Abwesenheit seiner Frau den ganzen Tag über in der Wohnung kochen. Sah man so diesen nüchtern aussehenden Menschen vor sich, so schien es kaum verständlich, daß er so schnell die Herzen der Mädchen entflammen konnte. Da traf er sich z. B. mit einer am Halleischen Tor, in der Leipziger Straße war er bereits verlobt. Einer anderen schrieb er: „Offenheit und Ehrlichkeit sind für mich die Grundlagen für alles; ich glaube, wir werden ein liebes und zufriedenes Eheleben führen. Unsere Charaktere passen zueinander. Alles Nötige ist da. Möbel sind bereits gekauft, natürlich muß die künftige Frau mithelfen. Ich verdiene aber 300 M. Das Gehalt steigt. Liebe Frau, ich überlasse Ihnen die Entscheidung.“ Der nächste Brief begann bereits mit dem jätlichen „Mein kleines Mädel.“ Das kostete sie 800 M., einer anderen 1050 M., im ganzen waren es an die 3500 M. — alles bitter erpartes Geld.

Das Urteil lautete auf ein Jahr vier Monate Zuchthaus.

System Straube auf der Anklagebank. Scheuener Erzieher und Zöglinge als Zeugen.

In dem Beleidigungsprozeß Frau Wepl gegen Redakteur Frei wurde gestern eine große Anzahl von Zeugen vernommen, früheren Zöglingen und Erziehern aus der Anstalt Scheuener. Es ergab sich daselbst traurige Bild der skandalösen Prügelpädagogik des Direktors Straube. Fast unbegreiflich, daß dieser Mann seine vorgelegte Behörde Jahre hindurch hinter sich führen konnte und alle Beschwerden gegen sich abzuwehren verstanden hat. Den Schaden, den er der Berliner Fürsorge-Erziehung und dem Fürsorge-Erziehungsgedanken überhaupt beigelegt, ist ungeheuerlich und wird nicht leicht gutzumachen sein. Daß er sich in dem Lüneburger Prozeß wegen Körperverletzung zu verurteilen lassen wird, geschieht ihm nur recht. Bedauerlich aber, daß durch seine Schuld neben ihm 36 seiner früheren Zöglinge auf der Anklagebank Platz nehmen müssen. Geiern kam auch der Sachverständige Harrer Schreiner, Direktor des Johannisstiftes, zum Wort. Ueber sein Gutachten wird besser gemeinsam mit dem heute zu erstattenden Gutachten der übrigen Sachverständigen zu berichten sein. Der Verteidiger des Redakteurs Freitodt alias Frei hat gestern eine Reihe neuer Beweisanträge gestellt.

Der Pfingstverkehr.

Am Sonnabend Höhepunkt des Ansturms.

Nach den Beobachtungen der Reisebüros, die aus dem Fahrkarten- und Platzartenvorverkauf den Pfingstverkehr schon jetzt übersehen können, wird der Pfingstsonnabend den weitaus stärksten Reiseverkehr aufweisen. Aber auch schon am Freitag wird sich der Pfingstverkehr bemerkbar machen. U. a. müssen nach München, nach Frankfurt, nach Köln, nach dem Harz und auch nach dem Riesengebirge die Schnellzüge z. T. doppelt gefahren werden. Die Sonntagsrückfahrkarten gelten — wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt — zu Pfingsten zur Hinfahrt vom Freitag, 22. Mai, 12 Uhr an bis Pfingstmontag, zur Rückfahrt vom Freitag vor Pfingsten bis Dienstag nach Pfingsten 9 Uhr. Aus betrieblichen Gründen müssen die Schnellzüge von der Benutzung mit Sonntagsrückfahrkarten ausgeschlossen bleiben. Das neue Flugpaar E. 183/184 nach dem Riesengebirge (Berlin, Görl. Bahnhof, ab 16.25 Uhr), zu dem Rückfahrkarten mit 33% Proz. Ermäßigung ausgegeben werden, verkehrt nach Hirschberg am Sonnabend vor Pfingsten und zurück am Pfingstmontag.

Bestellte Krawalle irreführender Erwerbsloser.

In zahlreichen Berliner Bezirken wurden gestern die ersten Bezirksverordnetenversammlungen nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes abgehalten. Zwischen 18.30 und 19.30 Uhr kam es in der Nähe der Rathäuser, so in Neukölln, auf dem Wedding, in Charlottenburg, am Friedrichshain, in Schöneberg und Berlin-Mitte nach Beendigung der Sitzungen zu kommunistischen Ausschreitungen. Die Polizei mußte die bestellten kommunistischen Demonstranten auseinanderbringen. Insgesamt erfolgten rund 20 Festnahmen. Bezeichnend war das Verhalten der Kommunisten im Neuköllner Rathaus. Als Bürgermeister Scholz auf die Konsequenzen des neuen Berliner Gesetzes hinwies, wonach die Bezirksverordnetenversammlungen nicht mehr öffentlich tagen und Störenfriede für mehrere Sitzungen ausgeschlossen werden können, verhielten sich die Kommunisten maßlos ruhig. Als dann nach Sitzungsbeginn die irreführenden kommunistischen Demonstranten mit der Polizei in Konflikt gerieten und der Gummiknüppel in Aktion treten mußte, sahen die kommunistischen Bezirksverordneten, denen natürlich bekannt war, daß nach der Rotverordnung sämtliche Demonstrationen verboten sind, aus den Fenstern des Rathauses dem Spettakel vernünftig zu.

Drei Arbeiter erstickt!

Unter Sand begraben. — Einsturzungsglück vor den Toren Berlins.

Unweit der kleinen Ortschaft Wernsdorf, wenige Kilometer von Erkner entfernt, ereignete sich am Mittwoch ein furchtbares Einsturzungsglück. In einer Sandgrube gerieten Erdmassen ins Rutschen, wobei 7 Arbeiter verschüttet wurden. Drei der Verunglückten konnten nur noch als Leichen geborgen werden. Die Namen der tödlich verunglückten Arbeiter sind: Gregor, Marschner und Lange.

Die Unglücksgrube, die an der Chaussee liegt, die von Wernsdorf nach Neu-Zittau führt, gehört der Märkischen Baustoffwerke A. G. Die Zentrale der A. G. befindet sich in Berlin. Bei Wernsdorf wird die Herstellung von Kalksandstein fabrikmäßig betrieben. Das gestrige Unglück ist eines der schwersten, das sich jemals in dieser Gegend ereignet hat. Außer dem Kolonnenführer Heckert waren noch sieben Arbeiter in der etwa 20 bis 25 Meter tiefen Grube beschäftigt. Wenige Minuten nachdem ein schwerbeladenes Lastauto die Chaussee, die dicht an der Unglücksstätte vorbeiführt, passiert hatte,

erfolgte der verhängnisvolle Erdsturz, der drei Arbeitern das Leben kostete.

Ganz plötzlich setzten sich etwa 70 bis 80 Kubikmeter Erde in Bewegung. Der Erdsturz kam so überraschend, daß es nur einem Arbeiter gelang, sich in Sicherheit zu bringen. Die übrigen sieben Mann der Kolonne wurden zum größten Teil völlig verschüttet.

Bis tatkräftige Hilfe aus den benachbarten Betrieben zur Stelle war, verging viel kostbare Zeit. Die Bergungsmannschaften, die sich mit größtem Eifer an die Rettung ihrer verschütteten Arbeitskollegen machten, konnten vier Mann und zwar die Arbeiter Heckert, Scharfenberg, Zaucher und Dossin aus ihrer furchtbaren Lage befreien. Heckert und Scharfenberg mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden, die Wunden der beiden anderen stellten sich glücklicherweise als leicht heraus. Viel Mühe kostete die Bergung der anderen drei Verschütteten. Nachrufende Sandmassen behinderten das Rettungswerk und als endlich die Freilegung der Unglücklichen gelang, war bei allen bereits der Erstikungstod eingetreten.

Von der Polizei und der Staatsanwaltschaft ist zur Klärung der Schuldfrage sofort eine Untersuchung eingeleitet worden. Sollte sich herausstellen was wir befürchten, daß die Sicherheitsvorschriften an der gefährlichen Arbeitsstelle nicht mit der notwendigen Sorgfalt getroffen worden sind, müssen die Schuldigen mit größter Schärfe zur Verantwortung gezogen werden!

Simulierte Ueberfälle.

14 Monate Gefängnis für einen Nazi-Reichwehresoldaten.

Am 28. Dezember v. J. las man von einem Ueberfall auf einen Reichwehresoldaten in Charlottenburg; ein Schuß hatte ihm angeblich den Arm zerplittert. Der Ueberfallene, der 22jährige Reichwehresoldat Löwe, erzählte, daß drei Leute mit kommunistischen Abzeichen auf ihn zwei Schüsse abgefeuert hätten, die er mit vier Schüssen erwidert hätte.

Der Verdacht gegen Kommunisten als Täter wurde unterstützt durch zwei Zettel, die durch den Briefschlüssel in die Wohnung der Mutter des Reichwehresoldaten geworfen worden waren. In dem einen Zettel hieß es: „Der Reichwehresoldat hat seine Abreibung erhalten, doch nicht so viel, wie wir es wollten. — Rot Front! Der andere lautete: „Du scheinst Dich wieder recht wohl zu fühlen. Sei ruhig, wir wachen. Du kannst noch mehr Potsdamer Konjunkten mitbringen, die kommen auch an die Reihe.“ Der Ueberfall am 28. Dezember wurde in Verbindung gebracht mit einem anderen Ueberfall auf den Reichwehresoldaten am 24. November; damals wurde er durch drei Messerstiche in den Arm verletzt. Die Politische Polizei forschte eifrig nach den Schießheiden. Eine bestimmte Person wurde der Tat beschuldigt, dann nahm aber die Angelegenheit eine ganz unerwartete Wendung. Das Gutachten des Professors Bräunig ergab, daß der Schuß nicht in einer Entfernung von 8 bis 10 Metern abgefeuert sein konnte; die Waffe mußte direkt angelegt worden sein. Der Reichwehresoldat war nun gezwungen, sich selbst angeschossen zu haben; auch die Zettel stammten von ihm, ebenso die Messerstiche vom 24. November. Als Motiv zu diesen simulierten Ueberfällen gab er den Wunsch an, aus der Reichswehr entlassen zu werden. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen ihn Anklage wegen Selbstverwundung.

In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Charlottenburg erfuhr man bemerkenswerte Einzelheiten. Der Angeklagte hatte das Einjährigereignis gemacht, dann bei seinem Vater, einem Schneider, die Gesellenprüfung bestanden und war am 1. April 1930, nach dem Tode seines Vaters, in die Reichs-

wehr eingetreten. Die NSDAP., zu der er seit Juni 1929 gehörte, mußte er nun verlassen. Glaubt man ihm, so ist er nur nach der politischen Ueberzeugung seiner Freunde gefragt worden, nicht nach seiner eigenen. Bei der Eidesleistung soll ihm niemand gesagt haben, daß er schwören müsse, nicht nur die Verfassung, sondern auch das Reich nach innen und nach außen zu schützen. Bei der Ausbildungskompanie in Bünsdorf gefiel es dem Nazi-Schneiderlein schlecht. Er fühlte sich vom Unteroffizier schikaniert, beging einen Selbstmordversuch, erlitt einen Nervenzusammenbruch und kam ins Lazarett, von dort nach Potsdam, später nach Döberitz. In Potsdam fühlte er sich freier. Er durfte nationalsozialistische Literatur lesen, soviel er wollte; wenigstens behauptet er das, und er füllte damit sein kleines Hirn bis zum Ueberlaufen. Schließlich verspürte er den Wunsch, für einen Helden gehalten zu werden und inszenierte auf sich selbst die beiden von ihm als kommunistisch ausgegebenen Ueberfälle. Daß der erste Ueberfall seinem Streben nach Heldentum entsprang, gestand er jetzt ohne weiteres zu.

Für den zweiten „kommunistischen Ueberfall“, er befand sich damals auf Urlaub, gab er aber folgende Erklärung: Der Hauptmann habe bei einer Kompagniebesprechung Mitte Dezember mitgeteilt, daß ein Bußch von rechts zu erwarten sei, und daß unter Umständen auch die Reichswehr eingeleitet werden könnte. Der Gedanke, daß er nun gezwungen werden könnte, auf nationale Leute zu schießen, sei ihm schrecklich gewesen. Er habe immer geglaubt, die Reichswehr stünde auf nationalem Boden. Sein ganzes Sehnen sei nun dahingegangen, aus der Reichswehr fortzukommen. Um dies zu erreichen, habe er am 28. Dezember den Schuß auf sich abgegeben und bloß die Brusteln verletzt. Aus der Instruktion stunde sei ihm bekannt gewesen, daß eine Selbstverwundung die Entlassung aus der Reichswehr nach sich ziehe. Weshalb aber dann die fingierten Briefe? Weshalb die Beschuldigungen der Kommunisten?

Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 1 Jahr 2 Monate Gefängnis.

Freiheit dem Kleinsiedler.

Im Kaiserpalast des Zoo fand eine Siedlerkundgebung im Rahmen der Ausstellung „Eigenheim und Wohnende“ statt.

Regierungsbaumeister a. D. Lange gab in großen Zügen einen Ueberblick über die Geschichte der Siedlerbewegung als Massenbewegung. Er wies besonders darauf hin, daß die Siedlerbewegung nicht unter dem Egoismus des einzelnen leiden dürfe. Die Pflege des Gemeinschaftsgedankens, die Planmäßigkeit des Ganges muß bei der Siedlung immer erstrebt werden. Denn dann erst lassen sich Fragen, die alle Siedler angehen, zur allgemeinen Zufriedenheit lösen, wie es die Ueberlegung der Verkehrslage, die Bodenbeschaffenheit, das Wasserversorgungsproblem sind. Architekt Kallweit beschäftigte sich in seinem Referat über aktuelle Siedlerfragen besonders auch mit dem Einzelsiedler. Dessen Tätigkeit sei ebenso gemeinnützig wie diejenige zusammengeschlossener Siedler. Angeheuer groß sind heute noch die Schwierigkeiten, die der Siedler zu überwinden hat. Von den Hemmnissen bei der Bodenbeschaffung, der Baugenehmigung, der Baufinanzierung, der Durchführung des Bauvorhabens, der Steuerbelastung gab der Vortragende ein anschauliches Bild. Es müsse endlich der langwierige Instanzenweg, der sich dem Vorhaben der Siedler entgegenstellt, abgeklärt werden. Zum Schluß wies der Vortragende noch einmal auf die Bedeutung der Siedlerbewegung für die Volksgesundheit hin und forderte von den maßgebenden Stellen mehr Verständnis und Entgegenkommen. Die kleine Siedlungsstelle dürfe steuerlich nicht so eingeschätzt und belastet werden wie eine Luxusvilla im Grunewald. Es sind zwar Könige und Throne gestürzt worden, aber heute noch besteht ein veraltetes Fluchliniengesetz aus dem Jahre 1878 und königliche Verordnungen vom Jahre 1835, die dem Siedler unnötige Schwierigkeiten bereiten.

Ein Blindenhund-Denkmal im Zoo.

Unter regster Beteiligung von Blinden, ihren Angehörigen und Führerhunden wurde im Zoo ein Blindenhund-Denkmal, das vor der Fasanerie seinen Platz erhalten hat, eingeweiht. Nachdem die Redner (der Festakt wurde durch Rundfunk übertragen) ge-

sprochen und die Hunde sich gemeldet hatten, fiel die Hülle. Dann kam für die Zuschauer der ergreifendste Moment, denn die Blinden wollten von diesem auf sie sichtbar so stark wirkenden Erlebnis einen Eindruck mit nach Hause nehmen, und darum besaß einer nach dem andern eine Treppe und betastete den bronzenen Hund. Von den besonders feinfühligsten Händen der Blinden wurde das Denkmal wirklich liebhaft. Und unten standen die Hunde, bewachten jeden Schritt von Herrchen und Frauchen und betrachteten, scharf prüfend, die Hilfestellungen der sehenden Menschen. Ueber allen wölbte sich der klare Waidhimmel. Besonders erschütternd berührte der Anblick eines jungen, blinden Mädchens, das glückstrahlend den Hund auf dem Denkmal besüßte, der dank ihrer lebend gewordenen Hände für sie sicher vollkommen ihrem besten Freunde gleich.

Wir klagen an!

Die sozialdemokratischen Jugendverbände Prenzlauer Berg veranstalteten in den Brachflächen am Märchenbrunnen eine Kundgebung, die vornehmlich die Räte der heutigen Jugend zum Ausdruck bringen sollte. „Wir klagen an!“ Hart klang der Rhythmus des Sprechchors, der den Anklagen der einzelnen Sprecher antwortete. „Wir warnen die Gesellschaft, unseren Willen zur Arbeit zu mißachten!“ rief ein jugendlicher Feuerkopf im Saal. Aus einer anderen Ecke des Saales geisterte eine Jugendgewölk die soziale Not, das Wohnelend u. a. „Wir klagen an!“ antwortete es im Chor. Dann sprang das improvisierte Spiel aus den Massen auf die Bühne über. Die „Heiligtümer“ der Nation, wie sie der alte Obrigkeitsstaat kannte, wurden in natura vorgeführt. Kirche, Militär und Kapital werden durch die organisierte Arbeiterschaft überwunden. Die Vorführung, unterstützt durch das Streichquartett der SWJ, das ausgezeichnete leistete, war ein Beweis für den schöpferischen Geist, der unsere Arbeiterjugend besetzt und für die Zukunft das Beste hoffen läßt.

Das Potsdamer Schöffengericht verurteilte den 44jährigen Obstzüchter und Landwirt Max Haase aus Blindom wegen Blutschande und Rotzucht, begangen an seiner 18jährigen Tochter, zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

selbst für das hellste Blond
PIXAVON kein Nachwaschen mit Säurepulver
PIXAVON Shampoo
Beutel 250

Kastanienblüte.

Es sind zwar nicht die edlen Kastanien oder gar die Maronen, die im berühmten Berliner Kastanienwäldchen stehen. Diese Bezeichnung ist etwas bescheidener, denn wir verstehen unter unseren Kastanien die *Aesculus hippocastanum*, zu deutsch sogar „gemeine“ Kofkastanie geheißen. Aber trotz dieser wenig schmeichelnden Bezeichnung ist Berlin stolz auf seine Kastanien, die niemand „aus dem Feuer zu holen braucht“, denn ihre Blütezeit gibt Spreewäldern etwas Anheimelndes, so eine Art südländischen Duft, und ihre Früchte wird sich niemand im Klammern der Holzkohle braten. Jetzt schiden sich die Baumzweige an, Mirabden von Lichtern aufzustehen. Die jungen und dichten Kronen bauschen sich zu mächtigen Kugeln, die über und über besät sind mit einem weißlichen oder rötlichen Schimmer, oder die auch ab und zu die bleiche und magische Tönung des Wachses von Kircherkerzen tragen.

Die nächsten Verwandten der weißblühenden Kofkastanie sind die rotblühende, die gelblich blühende und die strauchige Kofkastanie, *Pavien* geheißen, die nicht wie sie aus Persien, sondern aus Nordamerika stammen. Die Pavien werden weniger in Berlin angepflanzt und stehen der weißlich blühenden Kofkastanie an Blütenpracht und Dichtigkeit der Blattkrone nach. Auch die echte Kastanie (*Castanea vesca*) mit den länglich lanzettlich, stachelspitzig gezähnten Blättern und den steif aufrechtstehenden männlichen Köpfchen blüht jetzt Berlin, hier und da als Zierbaum angepflanzt. Sie ist der Baum, der „schattig rauscht an des Ebro Strand“ (Geibel) und von deren Früchte Goethe im Faust sagt: „Dah sie die Kage aus den Gluten tragt“.

Mehr Fürsorge für Alkoholranke.

Der Arbeiter-Abstinenten-Bund, der sich seit mehreren Jahren planmäßig den Alkoholkranken widmet, hat auf seiner Generalversammlung die folgende Entschliessung angenommen:

Der Bundestag des Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes richtet die Aufmerksamkeit der sozialistischen Arbeiterschaft auf die bisher völlig unzulängliche Fürsorge für alkoholranke Proletarier. In der letzten Zeit sind unter dem Stichwort „Sparmaßnahmen“ die an sich recht dürftigen Leistungen der Gemeinden usw. hier und dort noch abgebaut worden — zum Schaden der Kranken, ihrer Familien und schließlich der Gemeinschaft, die dann für Irren- und Siechenhäuser, Gefängnisse und Erziehungsanstalten weit mehr Aufwendungen machen muß, als eine planmäßige Alkoholkrankenfürsorge gekostet hätte.

Der Bundestag bittet die Vertreter der sozialistischen Arbeiterschaft in den Parlamenten, Behörden, Gemeindevertretungen und Krankenkassen, für folgende Forderungen mit größter Entschiedenheit einzutreten: 1. Einstellung ausreichender Mittel in den Haushaltsplan der Versicherungsträger, Gemeinden und Staaten; 2. Schaffung kommunaler Fürsorgestellen, die mit einem Nacharzt und hauptamtlichen Fürsorgern ausgestattet sind; 3. gründliche Schulung der freiwilligen Helfer, die in der Fürsorgestelle mitarbeiten; 4. Einrichtung offener Heilstätten auf weltanschaulicher und auf neutraler Grundlage; 5. Trennung der nicht geisteskranken Alkoholkranken von den Irren in den geschlossenen Anstalten; 6. Gründung von Bewahrungsheimen für unheilbare Alkoholiker; 7. Schaffung alkoholfreier Gaststätten und Tagesheime.

Maßnahme gegen Lehrerinnen.

Frauenfeindliche Auslegung der Verfassung.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In Artikel 128 der Reichsverfassung lautet der zweite Absatz: „Alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.“ Es ist nicht die Rede davon, daß sie durch besondere Gesetzesbestimmungen beseitigt werden sollen, sondern Klipp und klar ist ausgesprochen, daß sie „beseitigt werden“, also mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verfassung aufgehoben sind. Jetzt wird plötzlich den verheirateten Lehrerinnen Berlins eine Mitteilung der Schuldeputation zugestellt, daß sie auf Grund eines Erlasses des Oberpräsidenten zur Angestelltenversicherung hineinzuziehen sind und daß ihnen die dafür fälligen Beiträge vom 1. April ab vom Gehalt einbehalten werden.

Wie kommt die Behörde zu einer solchen Maßnahme, die die Lehrerin entgegen der Verfassung wesentlich anders behandelt als ihren männlichen Kollegen? Das Angestelltenversicherungsgesetz bezieht allerdings auch Lehrerinnen ein, läßt sie aber von der Versicherungspflicht ausdrücklich frei, wenn ihnen Anwartschaft auf Ruhegeld und Hinterbliebenenrente zusteht, und nun beliebt es nach jener Mitteilung plötzlich dem Oberpräsidenten, den verheirateten Lehrerinnen diese Anwartschaft zu bestreiten. Das ist nur möglich, wenn man sagt: „Die Beamtenversicherungs- bzw. Hinterbliebenenfürsorgegesetze sprechen von weiblichen Beamten nicht, haben also für sie keine Geltung.“

Bei Entstehung dieser Gesetze gab es keine verheirateten weiblichen Beamten, jede Lehrerin, die das Verbrechen beging, zu heiraten, mußte bei dieser Untat sofort aus dem Dienste ausscheiden. Die VersorgungsGesetze konnten also gar nicht von den Kindern der weiblichen verheirateten Beamten sprechen. Nachdem aber die Verfassung in Kraft getreten ist, müssen die Bestimmungen dieser Gesetze selbstverständlich auch auf die Kinder der weiblichen Be-

amten sinngemäß angewendet werden. Für jeden Menschen mit einfachem Verstand erscheint das als etwas Selbstverständliches. Uebrigens hat auch das Kammergericht noch in einem Urteil vom Dezember 1927 ausgesprochen, daß dem Kinde einer Volksschullehrerin auf Grund der angeführten Verfassungsbestimmung eine Waisenrente nach Maßgabe des preussischen Beamtenversorgungsgesetzes zustehe.

Bei dieser Sachlage erscheint es geradezu unverständlich, wie der Oberpräsident jetzt plötzlich sagen kann, die Kinder verheirateter Lehrerinnen haben keinen Anspruch auf Waisenrente und daher muß die Lehrerin für diesen Zweck Beiträge zur Angestelltenversicherung zahlen. In dem färglichen Gehalt des Beamten kommt zum Ausdruck, daß der Staat für eine Mindestversorgung seiner Waisen zu sorgen hat. Das trifft für weibliche Beamte genau so zu wie für männliche, für die Lehrerin ebenso wie für den Lehrer, wie ja auch das Kammergericht anerkannt hat. Der Erlass des Oberpräsidenten, auf den sich die Schuldeputation beruft, widerspricht der Verfassung und ist mithin ungesetzlich. Deshalb wäre die Schuldeputation auch nicht genötigt gewesen, ihm Folge zu leisten; denn niemand ist verpflichtet, ungefehlige Anordnungen einer Behörde, auch einer vorgelegten Behörde zu befolgen. Um so verwunderlicher ist es, daß der Magistrat nicht Einspruch dagegen erhoben hat, denn die Stadt wird selbst nicht unerheblich dadurch belastet, sie muß nämlich als Arbeitgeberin der verheirateten Lehrerinnen die Hälfte der Beiträge zahlen und außerdem die vollen Beiträge für die Zeit vor dem 1. April 1931 nachzahlen.

Das ganze Vorkommnis beruht auf einer frauenfeindlichen Einstellung. Es ist zu wünschen, daß der Minister diesem ungefehligen Unfug recht bald ein Ende macht.

Arbeiter-Samariter helfen der Jugend.

Der Arbeiter-Samariter-Bund bietet allen Jugendgruppen, die sich den Wald zwischen Fersch, Caputh und Michendorf als Ziel ihrer Wanderfahrten ausgesucht haben, eine neue Gelegenheit zu Raft und Erfrischungen. Im Oktober vorigen Jahres gelang es der Kreisleitung Brandenburg, die Lienenwäldchen zu pachten. An ihren Ufern ist jetzt eine Waldholungsstätte im Entstehen, deren Aufbau von der Samariter-Kolonie Romawes begonnen und in mühsamer und selbstloser Arbeit durch Ältere und jüngere Genossen zu Ende geführt wird. Ein kleines Blockhaus, in dem kleinere Gruppen die Nacht über Unterkunft finden können, steht unmittelbar vor der Bollenburg. Später sollen die Gebäude zu einem Erholungsheim für Arbeiterkinder, die dort die Ferien verbringen können, ausgebaut werden. Schon jetzt aber wird zu Pfingsten den Wandergruppen Gelegenheit geboten, dort zu rasten und sich durch kühle, alkoholfreie Getränke zu erfrischen. Durch unermüdbare Arbeit der Kolonne Romawes, deren Mitglieder sich in ihrer Freizeit zur Verfügung stellen, ist es dem Genossen Bespermann-Berlin gelungen, das begonnene Werk über alle finanziellen Hindernisse hinweg schon in diesem Sommer soweit

zu bringen, daß es vorerst als Gaststätte in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden kann.

Die Reichslagung des Reichverbandes der Freien Hausbesitzer Deutschlands findet in diesem Jahre in Berlin, und zwar in der Zeit vom 30. Mai bis 1. Juni statt. Am Sonnabend, dem 30. Mai, 17 Uhr, ist Eröffnungssitzung im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25. Walter Lurel-Freital wird über Werbung und Organisation des Verbandes sprechen. Am Sonntag, dem 31. Mai, findet eine öffentliche Sitzung im Gewerkschaftshaus statt mit drei Vorträgen: 1. Max Preißler-Altenburg wird über das Verhältnis des Reichverbandes zu dem Landendorffschen Hausbesitzerverband sprechen, Senatspräsident Freymuth über das Soziale Mietrecht der Zukunft und Fritz Dzyel, der Vorsitzende des Reichsbundes Deutscher Mieter über Mietervereine und Hausbesitzervereine. Ehrenpräsident des Kongresses ist der preussische Wohlfahrtsminister Hirtzfelder. Anschrift A. Freymuth, Berlin-Charlottenburg 5, Schloßstraße 58, Tel. C. 4 Wilhelm 4924. Gäste — Sozialisten und Republikaner — sind an beiden Tagen willkommen.



Pfingsten in Mercedes-Schuhen

und dazu die passenden Strümpfe

Friedrichstr. 61 Kurfürstendamm 230 Potsdamer Straße 55 Leipziger Str. 77 (am Dönhofsplatz) Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 54a Steglitz, Schloßstr. 100

Theodor Lessing: Die Verzauberten

Du hast vergessen, kleine Edith, ich aber denke immer daran. — Du wohnst im Schloß neben der Schmiede, spielst im Park und trugst in jedem Sommer ein Kleid aus weißen Spitzen. Es war ein Morgen im Juni, als ich über den Rasen kam und du, sechs Jahre alt, mit verweimtem Gesichtchen bei den Besessenen standest und immer wieder in die Tasche deiner kleinen Schürze griffst; ich aber wußte, warum die weinstest, denn ich hatte das silberne Ringlein auf dem gelben Aes gefunden. „Detta“, sagte ich weise, denn ich war schon zwölftjährig, „du hast sicher etwas verloren.“ „Mein Ring“, sagtest du leise, und wieder flossen die Tränen. „Eine üble Sache, aber wozu bin ich Zauberer?“ — „Zauberer?“ fragtest du bange, und deine blauen Sterne blickten angstvoll vertrauensvoll. Ich warf mich in die Brust und sprach: „Schwöre, daß du niemals das große Geheimnis verraten wirst, das ich in dieser Stunde dir anvertraue, dir allein. Wisse, ich bin nicht der Sohn des Schmiedes, den du kennst, sondern ich bin weit mehr als dein Vater und deine Brüder, nämlich ein heimlicher Kaiser und großer Zauberer. Kennst du die Geschichte „Die Zauberperle des kleinen Hans“? Siehst du, das bin ich.“ — „Ist das auch wahr?“ „Mein großes Ehrenwort! Du sollst es selbst sehen, mache jetzt deine Augen zu, und ich spreche das Zauberwort und zaubere den Ring in deine Schürze.“

Du blinzeltest in die Sonne, aber schloßest frampfhaft die Augen, als ich zu murmeln begann: „Butterwulle wuulwu.“ „Nun lasse in die Tasche.“ Da blinzeltest du schon das Ringlein und stauntest: „Wie machst du das?“ — „Reinigkeit“, achselzuckte ich, „ich mache ganz anderes. Sterne wandele ich in Marienblumen, Cousinen in Wäpse und die kleinen Mädchen in Kagen, aber wenn du den Eid des ewigen Schweigens leistest, dann nehme ich dich mit mir in die Höhle Kara zum Schloß Darandandola, wo Goldana wohnt, die Prinzessin, meine Braut, und ich werde dich mit ihr bekannt machen, vielleicht kommst du später einmal Heldin werden, aber du darfst niemals eifersüchtig sein.“ Da blicktest du, feines Prinzchen, mich erstaunt an, demundernd und sorgenvoll, so daß ich übermütig war und verschämte in eins. „Wann reisen wir denn noch Darandandola?“ „Morgen früh neun, ab Schwanenhäuschen, aber schwöre den Eid des ewigen Schweigens.“ Du schwurest, und ich streichelte großmütig dein Köpfchen, winkte und verschwand hinter dem Erlebusch.

Am nächsten Morgen, es war Sonntag, standest du, Prinzessin, am Schwanenhäuschen, als ich wieder daher kam, gemächlich und in phantastischer Gemandung, auf dem Kopf den Indianerschmuck, von meiner großen Schwester genährt, und meinen Fingerring über der Schulter. „Kein guter Tagmorgen“, murmelte ich, „die Beute ist zu gering, zehn Tiger, drei Löwen, aber nun besuche ich meine Braut.“ „Du hast keine“, zwieseltest du, „und konntest auch gar nicht zaubern.“ Da wurde ich wütend. „Wißt du lieber eine gelbe oder eine schwarze Kage werden? Schicke ich dir in der nächsten Nacht das Gespenst Dodo oder den Drachen Dabi?“ Da wurddest du kleinlaut. „Dann zaubere mal Reispudding.“ „Reispudding? Bächerisch! Quaseliges Zeug. Aber dir zuliebe werde ich eine gebannte Mandel, einen Nagel und etwas Silberpapier zaubern. Schicke die Augen und werde nun das Haupt gen Osten. Gen Osten! Hörst du? Nein! Doch, wohin die Sonnenblume gukt. Und nun sage ich Diridori und nun hüde her, dort unter dem Buche liegt der Nagel und auf der Tanne über dir hängt auf Silberpapier die gebannte Mandel.“ Ich wusch dich emporheben, daß du sie pflüdest. Jetzt warte du überzeugt, und wir gingen los, Hand in Hand, um das Schloß Darandandola zu besuchen.

Wir gingen auf glatten Fichtennadeln durch eine Schneise Wald, dann waren wir schon bei den Heckenrosen am schwarzen Teich mit dem tiefen Entenstall, und ich ließ dich hineinsehen in die „schaurige Tiefe“, während du dich an meinem Hals hieltest. „Hier wohnt die Königin aller Unken, hat braungoldene Augen und den größten Diamanten der Welt im Kopf, aber ich als Zauberer bin der König über alle Frösche, welche tun, was ich befehle.“ „Hepp“, rief ich und kratzte in die Hände, da sprangen alle Zehntausend von allen Seiten in die „schaurige Tiefe“. Du Detta hüftest Furcht und wolltest heim, aber ich schmiegte mich ins Heidekraut und sprach mit einem Schmetterling: „Was will er?“ fragtest du. „Nichts Schlimmes, Grüße von meiner Braut, sie erlaubt, daß du mitkommst.“ „Wie sieht sie aus?“ „Ganz ähnlich wie du, deine Augen, dein Haarbüschel, die Stirn, dein Lachen, aber eine wirkliche richtige Königin.“ „Denn ich groß werde, bin ich auch Königin?“ fragtest du trahlig. „Indes wir über die wankende Moorwiese gingen, prahlte ich von Heldentaten. „Mein Flügelhörnlein heißt Trude, ganz weich und die Flügel durchsichtig, bringt am Morgen Volkshaft von der Prinzessin. Aber wenn es dunkel wird und die Sterne blitzen und du Detta schon lange schläfst, dann kommt mein Flügelpferdchen, pocht ans Fenster, sagt „Was bereit“ und ich „Hopp“, und wir trachen durch den Himmel, wie ne Rakete. Ueber uns, dort, wo das kleine rote Wäpfchen schwebt, ist der Tierstern. Am Rande steht mein Löwe, ruft Hurra, ich aber befehle „Binde die Rosenkranzhaube“. Die Rosenkranzhaube, du mußt wissen, wie die russische Schaukel auf dem Schützenplatz, hängt an Seilen aus Lilien und Rosen in den Weltraum. In die Schaukel lege ich mich, meine Jaguare schaukeln, und ich fliege. Beim Tintentstern, dem schwarzen Punkt da oben, gebe ich der Schaukel einen Schub und springe. Auf dem Tintentstern mußt du wissen, leben die tranken Buchstaben, die die Kinder auf die Schiefertafel malen, die müssen sich erholen oder werden in der Schmiede umgeschmiedet. Ra also, ich komme in die Buchstabenkammer, liegen da zwei im Bett und husten, ein großes Ra und ein kleines Be. „Woher?“ frage ich. „Ach“, sagt das große Ra, mich hat Detta auf die Tafel gefrischt, ganz schlief und trumm, wo bleibt der Schmied?“ — „Das läßt du“, du rimpfst das Mädchen. — „Gott sei Dank“, mach ich großartig, „wie kann ich denn wissen, daß du die großen Ra nicht konntest, wenn das Ra in dem Bett es mir nicht selbst gesagt hätte?“ Da wartest du wieder überzeugt. „Wom Tintentstern fliege ich auf den Freifaltenstern, da sind die Flügel rot aus Himbeerlimonade und Wasserfälle aus Eiermilch mit Vanilleroßen und an den schwarzen Schokoladenstämmen sitzen die roten Erdbeeren, Schlaglähne gleich drüber, das ist der Schnee.“

So gelangten wir über die moorige Wiese zu den Felsen, da mußten wir uns auf den Bauch legen und in die Höhle kriechen. Wir krochen in die „Halle des Silberstweigens“. Dann in die Grotte der flugen Zwerge wo wir schon das Getropf von den Stalaktiten hörten, und während wir durch die vielen Bindungen der Gänge krochen, belehrte ich dich. „Der Hofstaat ist heute morgen zur Kirche gegangen und meine Braut ist allein, aber ich wenne dich, denn nur heilige Augen können sie erblicken.“ „Habe ich heilige Augen?“ — „Du darfst nicht wegdenken. Wenn du Goldana siehst, dann darfst du nicht etwas denken: „Das ist ein Stein.“ Dann verwandelt sie sich sofort wirklich in Stein. Man darf eben nie eine Lüge denken, Detta. Du mußt an die Wahrheit glauben. Dann schickst du die Wahrheit.“ — „Ja, ich glaube“, sagtest du, und ich gab dir den Befehl, trumm in dem Winkel der Höhle zu lauern, indes ich tiefer hinter die Felsen kroch und mit meiner Braut sprach. „Ich verbaugte mich und lasste und schmagte laut in die Luft. Du starrest ängstlich in mein Traumreich und

wagtest nicht, dich zu rühren. Endlich ließ ich zurück und fragte: „Befällt sie dir?“ „Ach, so schön“, hauchtest du. Und plötzlich rief ich: „Zurück! Der Oberhauptandola kommt. Er ist wütend, daß du die Prinzessin gesehen hast. Er will dich in eine Eidechse verwandeln, wenn wir nicht draußen sind, bevor die Glode läutet.“ Da krochest du in Angst und hast durch alle Spalten, und als mir draußen waren und wieder hinauskommen in das warme blühende Goldbad des Sommers, da läuteten gerade im Dorf die Glocken und ich jauchzte: „Ich habe dich gerettet.“ Da küßtest du mich. Seither gingen wir oft in die Zauberwälder. Wir haben Heidelbeeren gebräut im Mooswald und mit den Moosmännchen gespielt. Wir haben das Schilf geholt aus dem Bruch beim Vogel Group, und ich habe dir auf der Pansflöte vorgespielt. Wir folgten dem Bienenweg durch die alte Ruchbaumallee und lauschten auf die Orgelmusik der Bienen. Wir sind durch Schnee gewatet und sahen die Eiskönigin schlafen im kristallinen Eis. Wir haben das Brausen der Wipfel verstanden in den Nidungen im dunklen Forst. War ich der Zauberer? Oder war ich der Verzauberte, kleine dumme Zauberin?

Martin Johnson:

Die Löwin 30 cm vor meinem Auto

„Der Löwe ist ein Gentleman.“ Gewiß ist er gefählich — gefährlich sind auch der Hengst und ein Weiberhüter, wenn man unpersönlichermaßen nicht den nächsten Abstand wahrt.“ Der Löwe farnahlt wie der Teufel, wenn er angegriffen wird. „Ähnlich verhält sich er dem Felsch seiner Opfer — genau wie du, lieber Leser, und ich. Aber wenn es sich nicht darum handelt, seinen Schwanz zu füttern, ist er nicht so wild wie ein Löwe und ist kein lebendiges Wesen. Das ist mehr als man von den meisten Menschen behaupten kann.“ Diese Sätze aus dem „Löwenbuch“ (Königliche Akademie der Wissenschaften, Berlin, 1900) sind die Worte des berühmten Tierforschers Herrn Dr. H. v. Soden, die ich bei meiner Reise nach Afrika mit mir genommen habe. Die Löwin ist ein 10-Zentimeter und schließlich ein 3-Zentimeter-Objekt, die kürzeste Brennweite, die ich habe. Als ich soweit war, konnte ich nicht mehr den ganzen Körper verlassen. Sicherlich ist noch niemals ein Reisender einem Löwen so nahe gekommen — und hat heil und ganz davon erzählen können. Gewiß befanden wir uns im Auto, doch hätte uns dieser Umstand nicht davor bewahrt, in Stücke gerissen zu werden, wenn es der Löwin eingelebten wäre, uns anzugreifen.

Jetzt schien sie verstanden zu haben, daß ich mit der Aufnahme fertig war. Sie stand langsam auf, streckte sich, gähnte, mothsdierte vom Termitenhügel herunter und verschwand im Gras. Wir verfolgten sie nicht.

Es war ein herrliches Erlebnis. Ich empfehle jedoch dem durchschnittlichen Jäger oder Photographen nicht, das gleiche zu versuchen, es sei denn, daß er wohlvorbereitet wäre, einem etwaigen plötzlichen Angriff die Stirn zu bieten. Zweifellos ist die Löwin eine Dame; sie hat jedoch das Temperament von fünfzig Wildtönen auf einmal und in der Wut die Stärke von mindestens vier Riesentieren. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es einem Löwen gegebenenfalls nicht darauf ankommt, sein Opfer auch aus einem Automobil zu reißen.

Wir haben die Löwin jedoch noch nicht wütend. Wahrscheinlich war es ihr zu heiß für irgendwelche Aufregung, außerdem war sie wohl auch noch nicht hungrig genug, um angreifensüchtig zu sein. Sie ging ein Stück zur Seite und beobachtete, ob wir ihr folgten. Wir warteten. Dann steuerte sie auf einen Termitenhügel und legte sich in dem Gras nieder, das auf seinen Hängen sprang.

Die Stellung war für eine Aufnahme vollkommen; die Löwin auf einem natürlichen Hintergrund gegen einen hübschen Hintergrund von Wäldern. Kein Berufsphotograph hätte sie, was Beleuchtung und Höhe anlangt, besser aufbauen können.

„Wir wollen sehen, wie nahe wir an sie herankommen können“, flüsterter die. „Als sie den Gang einschaltete, griff ich zur Kurzel und machte mich arbeitsfertig.“

Da der Termitenhügel etwa 1½ Meter hoch war, hatte ich die Löwin gerade richtig vor dem Objekt. Wie paar Meter machte sie halt und ließ mich weiterkommen.

Schließlich beruhigten die Vorderräder den Termitenhügel. Nach immer bewegte sich die Löwin nicht. Es war ein wunderbares Beispiel jenseitiger Hartnäckigkeit, daß die alte Dame nicht an der Stelle wich. Da drehte sich nach mir um und grinst. Sie magte nicht zu sprechen, um nicht die wunderbare Aufnahme zu tödren.

Ich glaubte, wir seien so nahe heran, als es mit dem Wagen möglich wäre. Zu meiner Überraschung schaltete sie wieder, fuhr tatsächlich mit den Vorderrädern ein halbes Meter den Hügel hinauf und hielt. Jetzt war die Löwin nur noch 30 Zentimeter vom Kübel entfernt. Sie hätte ihn mit ausgestreckter Zunge berühren können.

Beim Niederschreiben ein ich mir klar, daß der Bericht albern und übertrieben klingen muß, wenn man die gewöhnliche Wildheit der Löwin bedenkt. Jede friedliche Kage, jeder Hund würden Raum gegeben haben, wenn ihnen der Wagen so nahe gekommen wäre wie der alten Löwin. Warum dem so war, weiß ich nicht. Vielleicht war es nur eine Art vererblicher Eigenfinnis, die irgendwie der rücksichtslosen Grausamkeit vermandt war, die in all diesen Tieren schlummert. Jedenfalls hielt sie stand; sie ließ nicht die geringste Spur von Angst erkennen, es sei denn, daß sie mit den großen braunen Augen zwinkerte und ein paarmal gähnte.

Derartige Vorkommnisse — so selten sie auch waren — begründeten meine Meinung von den Augen der Löwin. Ich habe viele Löwin in den Käfigen der Zoologischen Gärten und Zirkusludien. Noch nie habe ich jedoch bei ihnen ein wirklich offenes friedliches Auge gesehen, wie man es oft bei anderen Tieren findet. Ich will gar nicht behaupten, daß einige der alten, lässigewohnten

Dann kamen die Röhelwagen und es hieß: „Das Schloß ist verkauft, sie gehen fort nach Paris.“ Dein Vater sagte: „Nimm Abschied von deinem Spielgefährten.“ Damals sahen wir uns zum letztenmal bei dem Besessenen, wo ich das silberne Ringlein in deine Tasche zauberte. „Sage ehrlich“ (das forderstest du), hast du damals wirklich gezaubert?“ Da heulte ich los. „Es gibt ja gar keine Zauberer.“ Du streicheltest mich lächelnd und fragtest, es ist sehr weich; „und deine Braut? Goldana, die Prinzessin?“ „Das warst du. Du wartest es immer allein.“ Da gabst du mir den kleinen silbernen Ring, aber wir wagten es nicht, einander zu küssen. Da standen schon die Erwachsenen. Dein Vater schenkte mir ein Geldstück. Da warf der Zauberer es ihm vor die Füße. Da kroch der Zauberer in sein Schloß Darandandola. Da schlug er mit der Faust gegen die Felsen und schwur, was er nie sagen wird. Denn dem Zauberer war zum erstenmal die Wirklichkeit aufgegangen. Ich bin ein Arbeiterjunge, ein verträumter, unnützer, nicht ins Leben passender dummer Junge. Ich habe derbe, von der Arbeit schwarze Hände. Ich habe eine verlorene rote Nase. Ich bin nicht schön, ich bin nicht stark. Und ich stelle mich an den Amboß und wurde, was meine Väter waren, und suchte zu vergessen. Wo magst du geblieben sein? „Wir sind die Kraft und die Zukunft, das Proletariat.“ Am Feiertagabend sitze ich oft bei den Heckenrosen am Teich. Ich habe dich nicht wiedergegesehen.

Löwen wild dreinschauen; keiner von ihnen hatte jedoch den milden, freundlichen Blick, den man hätte trauen können. Aus diesem Grunde wagten wir nie, irgendeinem der Löwen zu trauen, mit denen wir in Afrika so enge Fühlung bekamen.

Als ich anfing, die alte Löwin zu photographieren, benutzte ich ein 15-Zentimeter-Objektiv. Dann nahm ich ein 10-Zentimeter und schließlich ein 3-Zentimeter-Objektiv, die kürzeste Brennweite, die ich habe. Als ich soweit war, konnte ich nicht mehr den ganzen Körper verlassen. Sicherlich ist noch niemals ein Reisender einem Löwen so nahe gekommen — und hat heil und ganz davon erzählen können. Gewiß befanden wir uns im Auto, doch hätte uns dieser Umstand nicht davor bewahrt, in Stücke gerissen zu werden, wenn es der Löwin eingelebten wäre, uns anzugreifen.

Jetzt schien sie verstanden zu haben, daß ich mit der Aufnahme fertig war. Sie stand langsam auf, streckte sich, gähnte, mothsdierte vom Termitenhügel herunter und verschwand im Gras. Wir verfolgten sie nicht.

Es war ein herrliches Erlebnis. Ich empfehle jedoch dem durchschnittlichen Jäger oder Photographen nicht, das gleiche zu versuchen, es sei denn, daß er wohlvorbereitet wäre, einem etwaigen plötzlichen Angriff die Stirn zu bieten. Zweifellos ist die Löwin eine Dame; sie hat jedoch das Temperament von fünfzig Wildtönen auf einmal und in der Wut die Stärke von mindestens vier Riesentieren. Die Erfahrung hat gelehrt, daß es einem Löwen gegebenenfalls nicht darauf ankommt, sein Opfer auch aus einem Automobil zu reißen.

Annie Löwenberg:

Von Friedrichstraße bis Zoo

Heini steigt am Bahnhof Friedrichstraße ein. Vorläufig ist er noch anonym.

Doch seine Mutter muß ihn gleich unter Zuhilfenahme seines nun allgemein bekannten Vornamens rufen.

Heini hat nämlich entdeckt, daß die Kasse der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft sich auch mit den Frühen wundervoll auf- und zuklappen lassen.

Kein Nachbar, ein Geschäftsmann mit Sorgenfalten über der Nase — heute kaum originell! —, steht mit deutlichem Unbehagen dieser reichlich geräuschvollen Besichtigung zu. Heini sieht sich aber weder durch mütterliche Vorwürfe noch durch Stürmungen und ärgerliche Blicke von anderer Seite irgendwie beschwert und setzt seine Tätigkeit solange fort, bis sich etwas Neues bietet.

Er stürzt plötzlich interessiert an andere Fenster. Draußen beginnt nämlich das, auch für den abgebrühtesten Stadtbahnfahrer immer noch aufregende Spiel des Wettlaufs mit einem Schnellzug. Und Heini ist keineswegs abgebrüht!

Draußen fährt der Wittagszug nach Köln, ach, weiter nach Ostende—London, kurze Zeit mit derselben Geschwindigkeit wie unser Zug. Wir sehen in den Gang eines 3-Klasse-Waggons.

Neben einem Großpapa steht dort ein hellblaues, kleines Mädchen, heftig winkend, was Heini selbstverständlich zu lebhaften Gegenäußerungen veranlaßt.

Doch auf einmal fangen wir, zu unser aller geheimen Freude, an, unsere Geschwindigkeit merklich zu vergrößern.

Wir fahren den ganzen D-Zug ab: Die leere zweite Klasse, den Speisewagen mit seinen appetitstregenden schön gedeckten Tischen, dann wieder 3. Klasse, Postwagen, Lokomotive — und laufen stolz, über den Humboldthafen, in den Leichter Bahnhof ein.

Dieser Aufenthalt hat unter normalen Verhältnissen in keiner Hinsicht etwas Aufregendes an sich. (Dann aber Höflichkeit von Bahnhöfen regt sich der Berliner schon lange nicht mehr auf!) Aber heute stehen wir alle, mit Heini an der Spitze, etwas unter Druck.

Natürlich, ausgerechnet mit einer außerordentlich voluminösen Dame nach bis zum Rückstrahler laufen! Und außerhalb der Halle zeigt sich schon die Lokomotive unseres Anzuges!

Gott sei Dank, daß wir den Vorsprung auf der Ueberführung über Alt-Roadit wieder einholen!

Aber das Schicksal ist uns nicht hold: es schiebt uns in Bellevue eine ganze Herde von Schulkindern, die wohl nicht wissen, um was es geht!

Wir sehen in ohnmächtiger Wut unseren Gegner draußen vorbeidampfen; und als die Schulkinderherde unter großem Spektakel verläßt ist, und wir weiterfahren können, erscheint die schwarze Rückseite eines letzten Wagens in schon beträchtlicher Ferne!

Der Himmel sei gelobt! In Tiergarten steigen nur ein paar Verständnisvolle rasch und ohne Zögern ein, und gleich danach spüren wir die Bewußtheit: wir werden es schaffen!

Allgemeine Entspannung! Mein Nachbar macht ein Gesicht, das nichts von prolongierten Beschwerden zeigt! Und Heini brüllt: „Hurra!“

Nach kurzem, wenn auch lebhaft begrüßtem Wiedersehen mit der kleinen Blauen fahren wir als Sieger am Zoo ein!

An der Spitze noch ein kurzer Rückblick auf den besiegten Gegner, der jetzt erst langsam auf dem anderen Bahnsteig einfährt. Dann wendet sich Heini neuen Abenteuerern, mein Nachbar seinen Beschwerden und ich mich der Gedächtniskirche zu.

Doch unser Herz gehört der Stadtbahn! Und lange sehe ich 20-Jährig-Zoriff!

Fünfjahresplan für Zucker.

Drosselung des deutschen Rübenbaus statt Preisföpfung!

Am 9. Mai haben in Brüssel die Vertreter der wichtigsten Zuckerausfuhrländer der Welt ihre Unterschriften unter das Schlußprotokoll eines Vertrages gesetzt, der für die Zuckewirtschaft der ganzen Welt von größter Bedeutung ist. Die Ursachen, die den Abschluß dieser Vereinbarung erzwingen, sind: ständige Zunahme der Lieferproduktion an Zucker, der absolute Rückgang des Konsums unter dem Einfluß der Weltkrise und schließlich der ununterbrochene Preisrückgang.

Der Zuckerpriß an der New-Yorker Börse für ein englisches Pfund (450 Gramm) ist von 1921 bis Mitte 1930 von 5,25 Cents (ein Cent = 4,2 Pf.) auf 1,04 Cents zurückgegangen. Dagegen ist die Weltproduktion weiter gestiegen — von 26,9 Millionen Tonnen Rohzucker im Jahre 1929/30 auf 28,1 Millionen Tonnen im Jahre 1930/31, obwohl der Verbrauch stark zurückgegangen ist. Kein Wunder, daß

die unverkäufliche Zuckermenge

von Jahr zu Jahr ins Ungeheure gewachsen ist; die Schöpfung von etwa 6 Millionen Tonnen (das ist mehr als das Dreifache des ganzen deutschen Jahresverbrauchs) wird eher zu niedrig als zu hoch sein.

Einem Kubaner, Chadbourne, ist es gelungen, die Hauptexportländer der Welt zu gemeinsamem Vorgehen zu bringen. Die beiden Rohzuckerländer Kuba und Java haben mit fünf europäischen Rübenzuckerländern zusammen folgenden Exportplan für fünf Jahre aufgestellt, auf Grund dessen die Beteiligten nicht über die festgesetzte Menge hinaus exportieren dürfen:

	Ausfuhrkontingente in 1000 t Rohzucker				
	1930/31	1931/32	1932/33	1933/34	1934/35
Deutschland	500	350	300	300	300
Tschekoslowakei	571	571	571	571	571
Polen, Ungarn, Belgien	423	423	423	423	423
Kuba*)	655	805	855	855	855
Java	2300	2400	2500	2600	2700
	4449	4549	4649	4749	4849

*) nur Ausfuhr nach Wästen außerhalb der Vereinigten Staaten.

Obwohl diese Länder zusammen noch nicht 50 Proz. der Weltproduktion von Zucker beherrschen, kann doch die Beschränkung ihres Exports zu einer wirksamen Verknapfung des Angebots auf dem Weltmarkt führen, so daß eine Preissteigerung durchaus wahrscheinlich ist. Die Japaner haben aber bei den kürzlich in Paris geführten Verhandlungen durchgedrückt, daß die Exportquoten um einen bestimmten Prozentsatz erhöht werden, wenn der New-Yorker Preis 2 Cents erreicht oder überschreitet; zur Zeit beträgt er 1,3 Cents. Es ist das erstemal, daß in einem solchen Plan, der

von Produzenten in monopolistischer Absicht aufgestellt

wird, von den Produzenten selbst eine Bestimmung eingefügt wird, die die Verbraucher vor Preissteigerungen schützt. Allerdings wird diese Maßnahme nicht aus Liebe zum Verbraucher ergriffen, sondern um die eigene Produktion wieder ausdehnen zu können und um sich nicht durch die Preissteigerung neue Konkurrenten großzuziehen. Denn wichtige Länder wie Frankreich, Großbritannien mit Kolonien, Vereinigte Staaten und Rußland stehen außerhalb dieses Planes. In allen diesen Ländern erfreut sich die Zuckerproduktion aber einer besonderen staatlichen Fürsorge. Am wenigsten durchsichtig ist das zukünftige Verhalten Rußlands. Im Betriebsjahr 1929/30 hatte es nur 0,95 Mill. Tonnen Zucker produziert und 0,15 Mill. Tonnen einführen müssen; aber schon für das laufende Betriebsjahr 1930/31 wird die Produktion jetzt auf fast das Doppelte, auf 1,75 Mill. Tonnen geschätzt. Bei dem Desinfektions der russischen Wirtschaft und da die russischen Pläne eine weitere starke Ausdehnung der Zuckerproduktion für die nächsten Jahre vorsehen, ist

mit einem Erscheinen russischen Zuckers am Weltmarkt

zu rechnen, das vielleicht auf die Lage des Weltmarktes ebenso verheerend wie das Erscheinen russischen Getreides wirken wird.

Für die deutsche Zuckewirtschaft sind die Folgen dieses Fünfjahresplanes von einschneidender Wirkung. Die Frage liegt nahe, warum man nicht ganz auf die Zuckerproduktion aus Rüben verzichtet, wenn die aus Rohr so viel billiger ist. Die Unterschiede sind in der Tat gewaltig: Würde Deutschland seinen Jahresverbrauch von 1,33 Mill. Tonnen auf dem Weltmarkt decken, so hätte es dafür bei einem Preise von ungefähr 7 M. für den Zentner etwa 215 Mill. Mark zu zahlen; die deutsche Verbraucherwirtschaft zahlt aber bei einem Inlandspreis von rund 20,50 M. tatsächlich 627 Millionen Mark. Das ist eine Differenz von mehr als 400 Mill. Mark. Diese Summe stellt in Wahrheit eine gewaltige Subvention an die rübenbauende Landwirtschaft und an die rübenverarbeitende Industrie dar. Daß man vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gleichwohl nicht die Aufgabe des Rübenbaus verlassen kann, liegt daran, daß der Rübenbau der „Hauptstütze der Fortschritt in der deutschen Landwirtschaft“ ist, wie Kerckhoff es ausgedrückt hat. Ohne Rübenbau ist in Deutschland eine intensive Landwirtschaft, Fruchtwechsellwirtschaft und Viehwirtschaft, insbesondere in bäuerlichen Gebieten, nicht möglich.

Damit der internationale Fünfjahresplan mit seiner Exportbeschränkung von Deutschland durchgeführt werden kann, ist die gesamte deutsche Zuckerindustrie durch Verordnung des Reichsernährungsministers zur „Wirtschaftlichen Vereinigung“ zusammengeschlossen worden. Zugleich ist die Zuckerproduktion kontingentiert worden, d. h. jede Fabrik hat nach ihrer Produktionsmenge als Grundkontingent zugewiesen erhalten. Jährlich wird die tatsächliche Produktionsmenge in Prozentlagen des Grundkontingents festgesetzt. Eine Produktion ohne Kontingent wird be-

straft. Die Festsetzung der Kontingente erfolgte nach Anbaugebieten, wie aus folgender Tabelle hervorgeht:

	Produktion 1924/25	Produktion 1930/31	Grundkontingent
	(in 1000 Zentner Rohzucker)		
Ostpreußen	344	653	602
Norddeutschland	4 400	7 057	6 021
Schlesien	5 960	10 224	8 456
Mitteldeutschland	12 480	16 228	13 593
Nordwestdeutschland	5 236	7 845	6 394
Rheinland	1 050	3 083	2 150
Süddeutschland	1 542	4 588	3 210
	31 043	49 678	40 426

In den allerletzten Jahren wurde der Rübenbau in den bäuerlichen Gebieten (Rheinland, Süddeutschland) stark ausgedehnt; der Anteil dieser Gebiete an der gesamten Anbaufläche wuchs von 9 auf 15 Proz. Diese Vermehrung war zu begrüßen, da nur der bäuerliche Betrieb die notwendige Arbeit — ohne ausländische Wanderarbeiter! — leisten, nur er den ganzen Wert der Röhre (auch Schnitzel und Rübenkraut) voll verwerten kann. Da man bei der Festsetzung der Grundkontingente das Jahr 1930/31 nicht berücksichtigt, sind

die bäuerlichen Gebiete

bei der Zuteilung benachteiligt worden. Diese Abwanderung des deutschen Rübenbaus in die Gegenden der Bauernwirtschaften ist durch die Kontingentierung für die Zukunft unterbunden worden. Den jetzigen Rübenproduzenten, den heute bestehenden Zuckerrübenfabriken ist ein Monopol eingeräumt worden, was um so verhängnisvoller ist, als damit die so notwendige Umstellung der deutschen Landwirtschaft verhindert wird. Alle Proteste und Warnungen der Bauernschaft haben aber nichts gesfruchtet.

Um Produktion und Verbrauch in Einklang zu bringen, werden die Zuckerrübenfabriken in den kommenden Jahren ihre Produktion einschränken, was automatisch eine Einschränkung des Rübenbaus zur Folge hat. Damit ist wieder einmal — wie seit Jahrzehnten in der deutschen Zuckewirtschaft — der falsche Weg eingeschlagen worden. Nicht von der Einschränkung des Rübenbaus her, sondern von der Hebung des Verbrauchs mußte und muß die Lösung der Zuckerfrage in Deutschland erfolgen.

Zaghafte Zuckerenquete.

Gegen Zuckersteuer — also für Preisabbau!

Die oben vertretene Ansicht über die deutsche Zuckerfrage wird weitgehend bestätigt durch den soeben erschienenen Bericht des Enquete-Ausschusses, Unterausschuß für Landwirtschaft, über „Die deutsche Zuckewirtschaft“. Dieser Bericht ist aber nicht mehr von der Enquete-Kommission selbst zum Abschluß gebracht worden, da die finanziellen Mittel nicht bewilligt wurden; man wird in dem Endurteil vielmehr die Ansicht des Reichsernährungsministeriums zu erblicken haben.

Allerdings spricht sich der Bericht für die Rübenanbaubeschränkung aus. Aber er betont nachdrücklich, daß die Lösung der Zuckerfrage nur auf dem Binnenmarkt, nur durch eine Verbrauchssteigerung gefunden werden kann. Der deutsche Konsum sei von einer Sättigung noch weit entfernt, wie ein Vergleich mit anderen Ländern beweise. Deshalb wird die Befreiung der Zuckersteuer (je Zentner 3,25 M.) gefordert, die der Verbrauchssteigerung im Wege stehe. Diese Forderung halten wir für durchaus berechtigt; es liegen ja auch Zusagen eines früheren Reichsfinanzministers vor, die natürlich unter den heutigen Verhältnissen nicht erfüllt werden können. Der Bericht hat es aber vermieden — und das zeigt, daß man den Darlegungen der Zuckerindustrie allzu willig Gehör geschenkt hat —, offen den Kernpunkt des Problems, nämlich die Preisfrage, klarzustellen. Die Forderung nach Befreiung der Zuckersteuer erheben, heißt aber zugleich, daß der Verbrauch vom Preis abhängig ist. Daß der Bericht diesen eindeutigen Schluß nicht offen ausspricht, muß man ihm zum Vorwurf machen. Schon jetzt versucht die Zuckerindustrie in ihren offiziellen Blättern, mit eleganter Dialektik, die halb Erkenntnis des Enquete-Ausschusses in ihr striktes Gegenteil zu interpretieren. Die Richtigkeit unserer Forderung, den Preis auf jeden Fall zu senken, damit die folgende Verbrauchssteigerung jede Ausfuhr überflüssig macht, wird durch die Darlegungen des Berichtes nur bestätigt.

Von Wichtigkeit scheint uns die Feststellung, daß über den Rübenpreis eine Regulierung des Rübenbaus nicht möglich sei. Die Wichtigkeit des Rübenbaus für die landwirtschaftliche Betriebsführung ist so groß, die Ausnutzung des Futterwertes der Rübenabfälle so mannigfaltig, daß die Höhe des Ertröses für die an die Fabrik verkauften Rüben nur eine Nebenrolle spielt. Damit sind die früher so oft gebrachten Zweidmeldungen, die Landwirtschaft könne bei einer Ermäßigung des Zuckerrübenpreises und einer daraus folgenden Ermäßigung des Rübenenertröses keine geordnete Wirtschaft mehr führen, erledigt.

Ein glattes Fehlurteil scheint uns der Ausschuß auszusprechen, wenn er der Zuckerindustrie zuredet, zu versuchen, wieder ausfuhrfähig zu werden. Denn es gibt für den Rübenzucker keine Möglichkeit, auf dem Weltmarkt mit dem Rohzucker (ohne Dumping in irgendeiner Form) zu konkurrieren. Selbst bei starker Senkung der deutschen Verarbeitungskosten werden die Rübenzuckerpreise niemals annähernd einen Vergleich mit den Weltmarktpreisen aushalten. Den Tiefstand der Weltmarktpreise hält man allerdings für nicht langdauernd. Und wie stark müßten die Weltmarktpreise steigen, bis sie die Höhe der Rübenzuckerpreise erreichen? Uebrigens ist es interessant,

Wenn also die Berechtigung der Rübenbaubsubvention im allgemeinen nicht abgestritten werden kann, so ist damit noch nichts über ihre Höhe gesagt. Schutzzölle verhindern jegliche Einfuhr nach Deutschland; der Höchstpreis ist auf durchschnittlich 21,20 Mark für den Zentner festgesetzt. Im Jahre 1913 betrug der Durchschnittspreis an der Magdeburger Börse 11,70 Mark, zur Zeit beträgt er 20,95 Mark — das ist eine Steigerung gegenüber 1913 um 79 Proz. Eine solche Preissteigerung dürfte kaum eine andere Ware aufzuweisen haben.

Der hohe Preis hemmt aber die notwendige Verbrauchssteigerung.

In Dänemark, in den Vereinigten Staaten, in Australien ist der Zuckerverbrauch doppelt so hoch wie in Deutschland, ein Beweis, welche Möglichkeiten hier vorhanden sind.

Andererseits ist die Zuckerproduktion von Jahr zu Jahr gestiegen, weit über den Verbrauch hinaus. Die diesjährige Produktion überschreitet infolge der Reiserbörse an Rüben mit 2,54 Mill. Tonnen Rohzucker den wahrscheinlichen Verbrauch von 1,7 Mill. Tonnen um fast 50 Proz.; das bedeutet, daß ein Drittel der Produktion nicht absehbar ist. Da aber am Anfang des Betriebsjahres noch Vorräte von mehr als 0,3 Mill. Tonnen vorhanden waren, nur 0,5 Mill. Tonnen nach dem Fünfjahresplan ausgeführt werden dürfen, so werden sich die unverkäuflichen Vorräte bis Ende des Betriebsjahres auf 0,65 Mill. Tonnen, d. h. auf 38 Proz. des Jahresverbrauchs, erhöhen.

Nach Feststellungen des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung sind in den Jahren 1926 bis 1930

Exportverluste in Höhe von 131 Mill. Mark

entstanden. In diesem Jahr allein werden die Exportverluste mehr als 120 Mill. Mark betragen, also jedes Pfund konsumierten Inlandszuckers mit 4 Pfennigen belasten. Und wenn nicht auf dem Weltmarkt eine Preissteigerung eintritt, werden die Exportverluste in den folgenden Jahren nicht unter 80 Mill. Mark jährlich sinken. Diese Verluste sind völlig unnützlich, denn sie stellen keine Geschenke an das Ausland dar. Die Verbraucherschaft hat aber ein Recht zu verlangen, daß die von ihr gezahlte Subvention auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt wird. Eine Senkung des Zuckerpreises um 3 bis 4 Mark ist nicht nur möglich, sondern auch notwendig; die daraus folgende Verbrauchssteigerung würde den Einnahmeausfall mehr als ausgleichen und jede Ausfuhr überflüssig machen. Oder will die deutsche Zuckerindustrie wirklich diese Millionensummen ewig, gleichsam als „freiwillige Reparationsabgabe“ ans Ausland verschicken?

H. Z.

daß die Zuckerindustrie noch vor kurzem erklärte, daß man mit der Gründung des internationalen Zuckerkartells keine Preissteigerungen auf dem Weltmarkt beabsichtige, und daß ein wesentliches Ansteigen der Weltmarktpreise nicht zu erwarten sei!

Maschinenbau leicht belebt.

Scharfe Opposition gegen die „Grüne Front“.

In den letzten Tagen des März und im Monat April hat sich nach dem jetzt vorliegenden Monatsbericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten die Anfragefähigkeit sowohl der einheimischen wie der ausländischen Rundschaft verstärkt. Diese vermehrte Anfragefähigkeit, welche die vom Konjunkturinstitut festgestellte Bedarfsstauung bestätigt, hat jedoch nur zu einer leichten Erhöhung der Inlandsaufträge geführt. Die Auslandsaufträge dagegen setzen auch im April ihre rückläufige Bewegung fort.

Der an den Arbeiterstunden gemessene Beschäftigungsgrad liegt unter dem Einfluß der Inlandsbesserung von rund 43 auf 44 Proz. der Normalbeschäftigung. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit hielt sich jedoch unverändert auf etwa 42 Stunden.

Der Rückgang der deutschen Maschinenausfuhr, der infolge der Weltkrise seit einem Jahr anhält, ist ein Beweis, wie schwer für den deutschen Maschinenbau der Kampf um das lebenswichtige Auslandsgeschäft ist, das jetzt noch etwa 60 Proz. des Gesamtumsatzes ausmacht. Man kann es der Maschinenindustrie daher nachfühlen, daß sie die neuen Forderungen der „Grünen Front“, die auf Verdoppelung des Butterzollens abzielen, auf das schärfste zurückweist.

So wird in dem Bericht nachdrücklich betont, daß eine Erhöhung des deutschen Butterpreises angesichts der gegenwärtigen Einkommensverhältnisse der breiten Massen nur zu einer Steigerung des Margarineverbrauchs führen würde, und daß die Auslandsbutter der Inlandsbutter keineswegs durch niedrigeren Preis, sondern ausschließlich durch höhere Qualität Konkurrenz macht, so würde die Erhöhung des Butterzollens der deutschen Landwirtschaft keinen Nutzen, wohl aber der deutschen Exportindustrie unabwehrbaren Schaden bringen.

5 Millionen Mansfeld-Verlust.

Weltkrise und deutscher Kupferbergbau.

Die Preisrevolution auf den Weltkupfermärkten, die den Kupferpreis zeitweise auf einen Tiefstand zurückdrückte, der seit Ende des vorigen Jahrhunderts nicht mehr erreicht wurde, hatte schon vor einem Jahre die Lage des Mansfeld-Konzerns unhaltbar gemacht. Die Gesteinsoföfen für diesen Konzern, der als einziges Unternehmen in Deutschland Kupfer abbaut, liegen schon aus rein geologischen Gründen weit mehr als doppelt, zum Teil sogar dreifach so hoch wie in den amerikanischen und afrikanischen Kupferminen.

Da der Mansfeld-Konzern schon im Frühjahr 1930 seine Kupferbergwerke stilllegen wollte, griffen das Reich und Preußen ein. Ganz abgesehen davon, daß bestimmte Gründe missprachen, die einzigen Kupferbergwerke Deutschlands be-

Qualität: DUNLOP

Verförgung der Arbeitslosen.

Freigewerkschaftliche Vorschläge.

triebssähig zu erhalten, sprach in diesem Sinne für öffentliche Subventionen die Tatsache, daß die Unterhaltung der durch die Stilllegung erwerbslos gewordenen Mansfeldarbeiter weit höhere Summen erfordern würde als die staatlichen Zuschüsse.

Nach dem in der gestrigen Ausschichtungsitzung vorgelegten Gewinnabrechnung wird für 1930 ein Gesamtertrag von 7,9 gegen 15 Millionen Mark im Vorjahr ausgewiesen. Demgegenüber stehen 5,9 gegen 6,8 Millionen Mark Unkosten sowie nur wenig verringerte Abschreibungen von 4,2 gegen 4,7 Millionen. Es verbleibt danach ein Verlust von 2,17 Millionen gegenüber einem Reingewinn von rund 153 000 M. im Vorjahr. Der Verlust wird aus dem Referendonsfonds gedeckt, der danach noch über 3,82 Millionen, also mehr als 10 Proz. des Aktienkapitals, verfügt. Das Reich und Preußen haben dem Mansfeld-Konzern auf Grund des im Juli vorigen Jahres getroffenen Abkommens Zuschüsse in Höhe von 2,65 Millionen Mark gezahlt, so daß also der Gesamtverlust bei Mansfeld, der sich fast zu gleichen Teilen auf öffentliche Subventionen und eigene Verluste verteilt, auf fast 5 Millionen Mark beläuft.

In der Bilanz zeigt sich bei den Warenvorräten ein außerordentlich starkes Absinken von 15,3 auf 9,6 Millionen, was mit der Preisentwicklung zusammenhängt. Die Verringerung der Betriebsmittel ist auf stärkere Schuldentrückstellungen zurückzuführen. So konnte durch Rückkauf zu niedrigeren Kursen die Dollarschuld von 1926 von 11,2 bis auf 9,9 Millionen zurückgezahlt werden. Die übrigen Schulden verringerten sich um mehr als 10 um 29,2 Millionen, während die Forderungen weit weniger von 21,3 auf 14,4 Millionen gesunken sind. Bankguthaben blieben mit 2,4 Millionen fast unverändert. Nach den sehr hohen Sonderabschreibungen im letzten Jahre sind bei den Beteiligungen die Schäden der Fehlspekulationen (Stolberger Zink) zum Teil bereits wettgemacht. Dazu dürften in dem Berichtsjahr, in dem keine weiteren Abschreibungen auf Beteiligungen vorgesehen wurden, gewisse Erleichterungen durch billigen Rückkauf von Mansfeld-Aktien eingetreten sein, die an die Großaktionäre gegen Stolberger Zinkaktien zu liefern sind. Im laufenden Jahre wird bei Mansfeld die preussische Hilfe wirksam werden. Man darf aber nicht vergessen, daß eine Besserung der Kupferpreise, auf die man noch bei Abschluß der Verträge durch Reich und Preußen mit der Mansfeld A.-G. rechnete, fürs erste nicht in Frage zu kommen scheint.

Anhaltende Metallkrise.

Verstärkte Einschränkung der Zinn-Produktion.

Nachdem erst vor kurzem die vier Hauptproduktionsländer beschlossen hatten, die Zinnerzeugung einzuschränken, ist jetzt in Haag der Beschluß gefaßt worden, die damals festgesetzte Produktionsmenge abermals zu droffeln. Man hatte fernerzeit einem Weltbedarf von 145 000 Tonnen gerechnet. (Die Weltproduktion des vergangenen Jahres betrug knapp 200 000 Tonnen.) Da aber tatsächlich nur etwa 125 000 Tonnen im laufenden Jahr verbraucht werden dürften, und bereits ein gewaltiger Vorrat in Höhe von nahezu 50 000 Tonnen — ein Drittel der gegenwärtigen Weltjahresproduktion — vorhanden ist, so ist der Beschluß der Produzenten verständlich. Es handelt sich um Unternehmungen, die hauptsächlich mit englischem Kapital arbeiten. Die bisherige und die jetzt vorgeschlagene Produktionsmenge dieser vier hauptsächlichsten Länder steht folgendermaßen aus:

	Zinnproduktion in 1000 Tonnen	Alte Regelung	Neue Regelung
Malaya	53 760	46 500	
Bolivien	34 260	28 900	
Niederländisch-Indien	30 000	23 400	
Nigeria	7 750	7 000	

Inwiefern diese neue Drofflung tatsächlich durchgeführt werden kann, ist freilich eine Frage für sich. Es gibt außer in diesen Ländern auch noch an einigen anderen Stellen der Erde kleinere Produktionsgebiete, die freilich insgesamt kaum mehr als etwa 20 000 Tonnen jährlich aufbringen dürften. Ferner wird es schwer sein, in den Malayanstaaten, wo schon bisher zahlreiche Produzenten gegen die Drofflung der Produktion opponiert haben, den neuen Beschluß zu verwirklichen. In den Malayanstaaten entfällt nämlich im Gegensatz zu den übrigen Produktionsgebieten ein großer Teil der Produktion, nämlich die Hälfte, auf Eingeborene, die in Zwergebetrieben Zinn fördern. Selbst wenn der neue Drofflungsbeschluß überall verwirklicht würde, so wäre es bestenfalls das Ergebnis, daß sich der Weltzinnvorrat von 50 000 auf 35 000 Tonnen vermindert.

Stöhrbetriebe gut beschäftigt. Auf der Generalversammlung des Stöhrkonzerns erklärte der Vorsitzende zu der gegenwärtigen Lage, daß die Beschäftigung in der Metallindustrie verhältnismäßig befriedigend sei. Man könne annehmen, daß der Tiefstand der Rohwollpreise überwunden wäre, und daß bei dem gegenwärtigen Produktionsstand eher leichte Preissteigerungen zu erwarten seien. Im allgemeinen seien die Kammereien gut beschäftigt, auch gelte dies für die Spinnereien, die allerdings mit den Garnpreisen nicht auskommen könnten.

Neueinstellungen bei Schuhfabrik Lingel. Bei der Erfurter Schuhfabrik Eduard Lingel hat die Saisonbelegung so gut eingeleitet, daß die Fabrik 300 Arbeiter neu eingestellt hat. Es macht sich jetzt in der Schuhindustrie die starke Käumung der Handelsläger mehr und mehr bemerkbar, auch dürfte der spürbare Preisabbau die Käufer angeregt haben.

Nach allem, was man hört, soll die Finanzierung des Arbeitslosenschutzes in erster Linie durch Abbaumaßnahmen herbeigeführt werden. Die freien Gewerkschaften haben oft auf die mit den Abbauplänen verbundenen ernststen Gefahren hingewiesen. Wierholt haben sie den Nachweis geführt, daß eine Aushöhung des Arbeitslosenschutzes durch Einführung von Gefahrenklassen, Verlängerung der Wartezeit, Abbau der Leistung durch Kürzung der Unterstützungsdauer und dergleichen alles andere als eine Lösung des Arbeitslosenproblems darstellt. Die freien Gewerkschaften zeigen einen Weg aus den Schwierigkeiten. In der nächsten Nummer der „Arbeit“, der Monatszeitschrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, beleuchtet Dr. Bruno Broeder diesen Weg.

Die Sanierung der Arbeitslosenunterstützung kann, wie aus Broeders Darlegungen klar hervorgeht, in der Arbeitslosenversicherung ausschließlich von der Einnahmeseite her erfolgen. Die Reichsanstalt ist zur Zeit nicht in der Lage, die Beitragsbemessung von 6 1/2 Proz. voll auszuschöpfen. Schon die Erhebung des Beitrags nach Grundlöhnen oder Mitgliederklassen statt nach dem tatsächlichen Arbeitsverdienst bedeutet einen erheblichen Einnahmeausfall. Die Begrenzung des beitragspflichtigen Einkommens auf wöchentlich 70 M. oder (bei Angestellten) auf monatlich 300 M. ist heute nicht mehr gerechtfertigt. In der gegenwärtigen Situation kann mit Zug und Recht die Forderung aufgestellt werden, daß

alle Arbeitnehmer bis hinauf zum höchsten Einkommen entsprechend ihrem tatsächlichen Verdienst zu Beiträgen herangezogen werden.

Dieser Vorschlag stieß bei den gemeinsamen Verhandlungen im Frühjahr vorigen Jahres zwischen den wirtschaftlichen Spitzenverbänden der Gewerkschaften und der Unternehmer bei diesen keineswegs auf Ablehnung. Damals erklärten sich die Unternehmer bereit, zur Abdeckung des Defizits der Arbeitslosenversicherung die Heranziehung aller bisher nicht versicherten Angestellten in der Wirtschaft einschließlich der leitenden Personen bis hinauf zu den Generaldirektoren zu Beiträgen in der vollen Höhe beizuwirken zu wollen. Würde heute diese Absicht wahr gemacht und die jetzige Beitragspflichtgrenze von 70 M. pro Woche bzw. 300 M. pro Monat beseitigt und ebenso die Versicherungspflichtgrenze der Angestellten von 8400 M. jährlich aufgehoben, so würde mit einer ganz erheblichen Mehreinnahme — nach Broeders Schätzung kaum unter 100 Millionen Mark — zu rechnen sein. Eine weitere Sanierungsmöglichkeit besteht nach Broeder in einer

Neuordnung der Versicherungspflicht für die Landwirtschaft.

Die Befreiung größerer Gruppen landwirtschaftlicher Arbeitnehmer von der Versicherungspflicht ist unerschwinglich. Würde diese Befreiung verschwinden, dann wäre mit einem neuen, nicht unerheblichen Plus an Einnahmen zu rechnen. Eine dritte Möglichkeit läge — wenn Reichshilfe auch nur in bescheidenem Maße nicht in Frage kommen sollte — in einer Steigerung der Beiträge. Diese Beitragssteigerung müßte, so ersichtlich sie an sich sei, zur Diskussion gestellt werden. Die deutsche Arbeitnehmerschaft werde, vor die Alternative gestellt, zu wählen zwischen Abbau einer heute so lebenswichtigen Einrichtung wie der Arbeitslosenversicherung auf der einen Seite — eine Alternative, die allerdings einer Repressalie gleichkomme, sich bestimmt

für die Erhöhung der Beiträge

entscheiden. Die Grenze des Sozialbeitrags sei nicht theoretisch bei irgendeinem Prozentsatz des Einkommens zu ziehen, sie müsse sich orientieren an den zwingenden Erfordernissen einer bestimmten sozialen und wirtschaftlichen Situation.

Das Bild der finanziellen Auswirkung einer Beitragserhöhung sieht nach Broeders Schätzung folgendermaßen aus: Die Reichsanstalt schätzt das durchschnittliche Beitragsaufkommen für 1 Proz. pro Monat und Kopf des Beitragszahlers auf 1,42 M. Unter der Voraussetzung, daß eine Beitragserhöhung um 1 Proz. am 1. Juni in Kraft tritt, also noch 10 Monate im Rechnungsjahr 1931 durchgeführt wird, ergibt sich eine Mehreinnahme von 14,2 M. pro Kopf des Beitragszahlers, d. h. bei einer Durchschnittszahl von 13 Millionen Beitragszahlern eine Gesamtmehreinnahme von 184,6 Millionen Mark. Da der Eingang der Beiträge normalerweise eine Frist von 4 bis 6 Wochen erfordert, muß für das Rechnungsjahr 1931 ein nicht unerheblicher Beitrag in Abzug kommen. Jedenfalls kann aber mit einer Effektiven Mehreinnahme von rund 160 Millionen Mark gerechnet werden.

Mit den Mehreinnahmen aus den drei von Broeder gemachten Vorschlägen könnte das geschätzte Defizit der Arbeitslosenversicherung gedeckt werden. Es bleibt dann aber immer noch

das Finanzproblem der Krisenfürsorge und der kommunalen Fürsorge.

Die Reichsanstalt schätzt das Defizit der Krisenfürsorge auf 149 bis 175 Millionen, und die Mehrbelastung der Kommunen gegenüber den Ausgaben des Vorjahres wird auf rund 300 Millionen geschätzt. Dabei ist zu beachten, daß aller Voraussicht nach die Kommunen die Ausgaben des Vorjahres nicht noch einmal in vollem Umfang tragen können. Broeder betont, daß selbst

unter Berücksichtigung einer bescheidenen Entlastung der Kommunen im Verhältnis zum Vorjahr — etwa um 100 Millionen Mark — sich auf dem kommunalen Konto ein Fehlbetrag von rund 400 Millionen und auf dem der Krisenfürsorge ein Fehlbetrag von im Mittel etwa 160 Millionen Mark ergebe.

Die Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung in der Krisenfürsorge und der kommunalen Fürsorge, die nach dem Vorschlag der Gewerkschaften und der Kommunalverbände auf dem Weg einer organisatorischen Zusammenlegung der beiden Unterstützungsanstalten erfolgen soll, ist infolge der weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktlage außerordentlich schwierig geworden. Eine Lösung dieses Problems ist — Broeder hebt das mit besonderem Nachdruck hervor — nur dann möglich, wenn die gesamte Öffentlichkeit sich der ungeheuren Verantwortung, die sie gegenüber den Millionen von Arbeitslosen ohne Versicherungsanspruch trägt, bewußt und bereit ist, aus der Erkenntnis der Notlage den „Entschluß zu schwersten persönlichen Opfern“ aufbringen.

Begehrtes deutsches Erdöl.

Shell nimmt Interesse!

Bei dem Stapellauf eines in Bremen für die Anglo Saxon Petroleum Co. Ltd. (Shell-Gruppe) erbauten Tankmotorschiffes von 11 500 Tonnen, das auf den vielversprechenden Namen „Goldshell“ getauft wurde, machte der maßgebende Leiter der Royal-Dutch-Shell-Gruppe einige bemerkenswerte Ausführungen über die deutsche Erdölwirtschaft. Er sprach von der günstigen Entwicklung der deutschen Erdölherzeugung, die bewiesen habe, daß der deutsche Boden mehr natürliches Rohöl enthalte als man bisher vermutete. Die Royal-Dutch-Shell-Gruppe habe daher ein Interesse an dem Vorkommen genommen. Solange es wirtschaftlich sei, werde man kein Mittel zur Entwicklung und Ausbeutung dieser Bodenschätze unversucht lassen. — Jetzt also vermuten auch die Weltökonomer lohnende Gewinnmöglichkeiten in der deutschen Erdölwirtschaft, an denen man sich seinen Anteil sichern möchte. Die daraus folgende „Stärkung der wirtschaftlichen Produktivkräfte Deutschlands“ dürfte wohl mehr als Schutzblatt für das eigene Gewinnstreben angeführt worden sein.

Meinen Weg zum Erfolg

verdanke ich meinen Geschäftsprinzipien:
Verkauf unverschnittener Original-Weine
Bestmögliche Ausbehaltung des Zwischenhandels
Großer Umsatz — Kleiner Nutzen!
Direkter Verkauf vom Faß! — Kostproben gratis!
Keine Ausstattung — nur Qualitäten!

Preisabbau in Fruchtsäften statt M 1.65 per Liter jetzt
Zitronen-Saft Liter 1.20
Kirschsaft-Orangeade Liter 1.35
Himbeer-Saft Liter 1.50
Garantie: Alle Säfte sind von mir nur unter Verwendung feinsten Raffinade hergestellt

Der schlagende Beweis
vom 1. Januar 1931 bis heute habe ich eingeführt
228 407 kg Original Auslandsweine

EDUARD SÜSSKIND

Größtes Spezialgeschäft seiner Art i. ganz Deutschland

Echte Dessert-Obstweine, süß, in . . . Liter von 0.72 an
Echte Original-Südweine, süß, in 1.20
Feinste Weinbrandverschnitte ***Sternen 3.60
Echte Weinbrände ***Sternen 4.40
Echte Edelliköre „Qualität“ 1/2 Fl. 2.95
Prima Weißwein, Martiner Berg 1/2 Fl. 0.75
Niersteiner Liebfraumilch-Oppenh. 1/2 Fl. 0.95
Rote u. weiße Bordeauxweine 1/2 Fl. v. 1.50 an

1 Liter enthält ca. 1/10 Liter mehr als eine 1/2 Fl. — Preise o. Glas.

BERLIN: N. Brunnenstraße 42
N. Müllerstraße 144
N. Chausseestraße 76
O. Koppenstraße 86
N. Prenzlauer Allee 50
O. Petersburger Str. 42
SO. Grünauer Straße 15
SO. Köpenicker Str. 121
W. Martin-Luther-Str. 86
Steglitz: Schloßstr. 121
Charlottenburg: Wilmersdorfer Str. 157
Neukölln: Berliner Str. 12 u. Hermannstr. 27
Schöneberg: Kolonnenstraße 9
Oberschöneweide: Wilhelmshofstr. 40
Moabit: Goltzkowskystraße 31
Moabit: Wilsnacker Straße 25
Spandau: Potsdamer Straße 23
Weißensee: Berliner Allee 247
Tempelhof: Berliner Straße 152
Fankow: Wollankstraße 98
Lichtenberg: Wismarplatz 1

**Rfingst
Werbe
Tage**

Donnerstag Freitag
Sonnabend
21.-23. MAI



Kaiser's Fest-Kaffee
in Geschenkbeutel
ausgewählte Mischungen
4.00 3.60 3.20 3.00
2.80 2.40 2.16
1.96 1.84
d.Pfd.

Kaiser's Bonbons Gebäck
Schokoladen u. Pralinen
UNSER SCHLAGER
3 Tafeln Schokolade 90 Pfg
100 GR. VOLLMILCH-SCHMELZ-MILCHPUSS

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT
UBER 1500 FILIALEN

